



DIGITALISIERUNG

Mit Mensch und Maschine

4

WEF

Viele Worte ohne Lösung

5

BEFREIUNG RAKKA

Erfolge für das Freiheitsbataillon

10

KULTUR

Revolution im Kinderzimmer

16



Globalisierte Wirtschaft, regionale Umweltzerstörung

UMWELTKRISE Mehr als zwei Jahre ist es her, seit eine giftige Schlammlawine das Leben entlang des Rio Doces im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais nachhaltig veränderte. So tragisch die Folgen dieser Katastrophe sein mögen, finden sich darin doch wichtig Lektionen über das destruktive Verhältnis des Kapitalismus zu Umwelt und Natur.

(az) Am 5. November 2015 brachen in einer Eisenerzmine in Bento Rodrigues die Dämme dreier Absetzbecken. 16 Menschen verloren ihr Leben, als sich über 30 Millionen Kubikmeter, das entspricht 20.000 olympischen Schwimmbecken, schwermetallhaltiger Giftschlamm entleerten. Ob Deepwater Horizon, Fukushima oder Bento Rodrigues: In immer kürzeren Abständen erfahren wir von Umweltkatastrophen. Von

den alltäglichen durch den Klimawandel verursachten Desastern ganz zu schweigen – die Bündner Bergstürze sind ein deutliches Zeichen, dass wir auch hierzulande nicht davon verschont bleiben.

Profitlogik, Weltmarkt und Umweltzerstörung

Was die brasilianische Dammkatastrophe ausgelöst hat, ist bis heute unklar, die Betreiber sprechen von einem leichten Erdbeben. Wieso es dazu kommen konnte, ist hingegen mehr als klar. Die laschen Sicherheitsvorsorgen haben eine solche Katastrophe ermöglicht. Dies hängt, so die erste Lektion aus Brasilien, eng mit dem kapitalistischen Profitdruck und der Situation des Weltmarktes zusammen. Die brasilianische Betreiberfirma Samarco Mineração war jahrelang ein profitables Unternehmen. Alleine 2014 erzielte die Firma einen Gewinn von mehr als 700 Millionen Franken. Doch als 2014 der Preis für Eisenerz aufgrund globaler Überproduktion sank, beschloss Samarco die Produktion der Mine um 40 Prozent zu erhöhen. Diese zusätz-

liche Ankurbelung der Überproduktion sollte einen in der Rohstoffbranche nicht unüblichen aggressiven Preiskampf forcieren, um dadurch Konkurrenten auszuschalten. Es führte aber zum entscheidenden Anstieg des vom Damm zurückgehaltenen Schlamms und später zur Katastrophe.

Wer sich als Unternehmen auf dem Weltmarkt durchsetzen will, darf solche Risiken nicht scheuen. Entsprechend oft haben führende multinationale Unternehmen Katastrophen verursacht. Katastrophen sind aber nur die Spitze des Eisbergs. So belegt eine breit anerkannte Studie, dass zwischen 1751 und 2010 alleine 90 Konzerne für rund 63 Prozent der Kohlendioxid- und Methan-Emissionen verantwortlich waren. Der kapitalistische Wunsch nach exponentiellem Wachstum trägt entscheidend zur destruktiven Veränderung unserer Umwelt und Natur bei.

Fortsetzung auf Seite 6

POLITISCHE GEFANGENE

Diese Rede hielt Fabio, angeklagt wegen der Teilnahme an den G20 Protesten, vor Gericht. Er wurde am 27. November nach vier Monaten Haft aus dem Gefängnis entlassen.

Frau RichterIn, Frau SchöffIn, Herr Schöffe, Frau StaatsanwältIn, Herr Jugendgerichtshelfer, Sie müssen heute über einen Mann urteilen. Sie haben ihn als „aggressiven Kriminellen“ und als „respektlos gegenüber der Menschenwürde“ bezeichnet. Mich persönlich kümmert es nicht, mit welchen Attributen Sie mich benennen. Ich bin nur ein Junge mit einem starken Willen. (...) Wahrscheinlich glauben diese Herrschaften, dass das Gefängnis ausreicht, um die rebellischen Stimmen aufzuhalten, die sich überall erheben. Wahrscheinlich glauben diese Herrschaften, dass die Repression unseren Durst nach Freiheit aufhalten wird. Unseren Willen, eine bessere Welt zu erschaffen. Nun gut, diese Herrschaften täuschen sich. Sie liegen falsch, das beweist auch die Geschichte. Denn wie ich musste bereits unzählige junge Menschen Gerichtsverfahren wie dieses hier durchleben. Heute ist es Hamburg, gestern war es Genua und davor wiederum war es Seattle. Sie versuchen, die Stimmen der Rebellion, die sich überall erheben, mit allen „legalen“ Mitteln und „prozessrechtlichen Maßnahmen“ einzugrenzen. Wie dem auch sei, wie auch immer die Entscheidung des Gerichtes lauten wird, sie wird nichts an unserem Protest ändern. (...) Wie Sie sich vorstellen können, werde ich heute in Bezug auf die Sache, wegen der ich angeklagt bin, von meinem Recht zu schweigen Gebrauch machen. Aber ich möchte etwas über die Beweggründe sagen, weswegen ein junger Arbeiter aus einer abgelegenen Stadt in den östlichen Voralpen nach Hamburg gekommen ist. Er tat dies, um sein Missfallen am G20-Gipfel zum Ausdruck zu bringen. (...)



Die ungekürzte Rede kann auf rotehilfch.noblogs.org gelesen werden. Auf unitedwestand.blackblogs.org finden sich Texte und Infos rund um die Solidaritäts-Kampagne gegen staatliche Repression anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg.



Aufbau  **Vertrieb**
An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL Bläsiring 86 Öffnungszeiten auf Anfrage E-Mail: basel@aufbau.org	ZÜRICH Kanonengasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe) Samstags von 12 bis 17 Uhr
--	--

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk) Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Demo gegen kapitalistische Stadtaufwertung in Zürich (18.11.2017).

Editorial

Unter dem Motto „Creating a shared future in a fractured world“ treffen sich dieses Jahr zum 48. Mal Grössen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur in Davos zum Weltwirtschaftsforum. Ihr Motto zeigt klar auf: Die Herrschenden dieser Welt sind sich der Widersprüche und der möglichen Konflikte durchaus bewusst, die der globalisierte Kapitalismus für sie mit sich bringt. Während Konkurrenz zwischen Staaten und Konzernen eines der grundlegendsten Prinzipien ist, auf dem die Weltwirtschaft aufbaut, hat sich das Wef also zum Ziel gesetzt, bei teilweise entgegengesetzten Interessen seiner Teilnehmenden Lösungen für Probleme zu finden, die allen recht sein sollen. Eine Analyse zum Programm des diesjährigen Wef findet sich auf Seite 5.

Was uns als militante AntikapitalistInnen aber noch mehr interessiert als die innerkapitalistischen Widersprüche sind jene zwischen der herrschenden und der arbeitenden Klasse. Auf Seite 13 gehen wir auf Macrons neoliberale Arbeitsmarktreformen ein, auf Seite 12 werden Trumps Angriffe auf das amerikanische Gesundheitswesen beschrieben. Dies sind zwei exemplarische Beispiele eines Klassenkampfes von oben, also eines direkten Angriffes auf die arbeitende Klasse.

Doch Klassenkampf wird auch von unten geführt. Wenn auch heute die militanten Massenproteste auf der Strasse weitgehend ausbleiben, die vor 15 Jahren noch alljährlich das Wef begleiteten, findet der Widerstand gegen die herrschenden Machtverhältnisse doch auf vielerlei Art und Weise immer wieder seinen Ausdruck. Selbst hier in der Schweiz, einer Hochburg des internationalen Kapitalismus, gibt es immer wieder widerständige Momente, die aufzeigen, dass nicht alle mit dem Status quo einverstanden sind. Das obstehende Bild ist ein gutes Beispiel dafür: Der Widerstand gegen die kapitalistische Stadtentwicklung und die damit verbundene Verdrängung ganzer Bevölkerungsgruppen fand in Zürich vergangenen Herbst mit dieser Demo einen – vorläufigen – Höhepunkt. Weitaus grösser als in Zürich ist die fortschrittliche Bewegung in Rojava. Im Interview auf Seite 10 berichtet ein Kommandant des internationalen Freiheitsbattalions über die veränderte Situation seit der Eroberung Rakkas. Mit diesem Sieg über die reaktionären IslamistenInnen gewinnt die Frage des Aufbaus einer neuen, gerechteren Gesellschaft an Aktualität.

Hier sind wir noch nicht so weit. Wir denken aber, dass es insbesondere in Zeiten von Rechtspopulismus und starken reaktionären Kräften um so wichtiger ist, die verschiedenen Momente des Widerstandes zu verbinden. Während des Wefs wird es die nächste Gelegenheiten geben, diesen Widerstand in verschiedenen Formen öffentlich zu machen. Eine weitere Gelegenheit hierfür ist die Kampagne zum internationalen Frauentag am 8. März, an der sich im letzten Jahr mehr bewegt hat, als in den Jahren zuvor. Nutzen wir unsere Mobilisierungen um unsere eigene Seite gegen Patriarchat und Kapitalismus zu stärken und weiter aufzubauen.

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

Saudi-Arabien - Bündnispartner für neue Kriege

MITTLERER OSTEN US-Präsident Trump will das Atomabkommen mit dem Iran zu Fall bringen. Saudi-Arabien ist dabei ein willkommener Bündnispartner. Trotz oder gerade wegen des Völkermordes im Jemen.

(rabs) «America First» und die wilde Entschlossenheit, das unter dem Vorgänger Obama unterzeichnete Abkommen mit dem Iran zu Fall zu bringen sind die Eckpunkte der Aussenpolitik unter Präsident Trump. «America first» impliziert die völlige Unterordnung der geostrategischen Interessen des US-Imperialismus unter die ökonomischen Interessen einzelner grossen Konzerne. Wie sehr diese Politik zum Bumerang werden kann, zeigte sich nach der ersten grossen Asienreise Donald Trumps. Zwar kehrte er, wie übrigens auch alle seine Vorgänger, mit vollen Auftragsbüchern für den mitreisenden Tross von WirtschaftsvertreterInnen nach Hause zurück. Auf dem politischen Parkett hingegen, beispielsweise dem Handelsabkommen TPP, verhielt sich die USA völlig passiv und überliess die Initiative der Volksrepublik China.

Ganz anders zeigt sich die US-Regierung in ihrem Kampf gegen den Iran. Präsident Trump setzt alles daran, die durch das Abkommen mit dem Iran verärgerten Saudis wieder ins Boot zu holen. Er unterstützt das Regime auch dort, wo die Scheiche gegen die US-Interessen agieren. Der Kalte Krieg gegen Katar, wegen seiner Beziehungen zum Iran beispielsweise, bringt die USA in Verlegenheit, unterhält sie doch dort einer ihrer wichtigsten Stützpunkte in der Region. Anfänglich brüstete sich Donald Trump gar damit, Saudi-Arabien, die Emirate und Bahrain persönlich zu dieser Blockade motiviert zu haben. Eine Twitter-Botschaft, die umgehend vom US-Aussenministerium dementiert wurde. Israel, nach wie vor der wichtigste US-Bündnispartner in der Region, ist der lachende Dritte. Diese Blockade schwächt auch den palästinensischen Erzfeind, die Hamas, die von Katar unterstützt wird und dort auch Büros unterhält.

Der Völkermord im Jemen

Auch im mörderischen Luftkrieg gegen den Jemen verstärken die USA ihre militärische Unterstützung. Seit 2015 führt Saudi-Arabien mit einer Militärallianz Krieg gegen das Nachbarland Jemen. Zu dieser Allianz gehören Ägypten, Bahrain, Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Marokko, der Sudan und Senegal. Logistische Unterstützung erhält dieser Aggressionskrieg, wie erwähnt, durch die USA und die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Grossbritannien. Über 90'000 Luftangriffe wurden seither gegen das Land geführt. Die USA liefern die international geächteten Streubomben und betanken die Kampfflugzeuge der Saudis. Aus Deutschland kamen allein dieses Jahr über 40'000 Artilleriezünder. Auch die Schweiz mischt wacker mit. Im April 2016 lockerte der Bundesrat das Ausfuhrverbot für Waffen nach Saudi-Arabien. Mit einer Seeblockade der saudischen Allianz wird das Land systematisch ausgehungert. Alle 10 Minuten stirbt im Jemen ein Kind an Unterernährung.

Obwohl sich im Jemen die grösste humanitäre Katastrophe seit dem 2. Weltkrieg abspielt, finden diese Kriegsverbrechen kaum Eingang in die Berichterstattung der Medien.



Die vereinigten Krieger

Der Krieg im Jemen interessiert die westlichen imperialistischen Mächte ohnehin nur unter der Optik der Zurückdämmung des vermeintlichen Einflusses des Iran und der äusserst lukrativen Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien. Um die über zwei Millionen Flüchtlinge mussten sich SP-Bundesrätin Sommaruga und die EU-Delegierten an der berüchtigten Berner Mittelmeer-Konferenz keine Sorgen machen. Die Menschen im Jemen sitzen in der Falle, auf dem Landweg ist eine Flucht nach Saudi-Arabien ausgeschlossen. Der Seeweg führt nach Somalia oder Dschibuti, was kaum eine Alternative darstellt. Eine Weiterreise bis ans Mittelmeer kann sich praktisch niemand leisten.

Für die Obama-Administration war die Unterstützung Saudi Arabiens im Krieg gegen den Jemen eher taktischer Natur im Hinblick auf die Verhandlungen mit dem Iran. Die militärische Unterstützung in diesem Krieg sollte die ob der Annäherung an den Iran erzürnten Scheichs etwas beruhigen. Ganz anders die Regierung Donald Trumps. Das Abkommen mit dem Iran galt schon im Wahlkampf als ein zu beseitigendes Schandmal und einhergehend damit setzte er sich für den Ausbau der Beziehungen zu Saudi-Arabien ein. Anlässlich seines Besuches in Riad vertrat der US-Verteidigungsminister Mattis die Auffassung, dass die Huthi-Rebellen nur durch ein hartes militärisches Vorgehen an den Verhandlungstisch gezwungen würden.

Die Nacht der langen Messer in Riad

Beflügelt durch die bedingungslose Unterstützung durch die Trump-Administration riss der Kronprinz und designierte Thronfolger Mohammed bin Salman in den letzten Wochen Schritt für Schritt die Macht an sich. Der ökonomische Hintergrund ist eine sich abzeichnende tiefe Krise des Scheich-Staates. Die Erdölpreise sind im Keller und auch die erschliessbaren Vorräte Saudi-Arabiens neigen sich dem Ende zu. Der erste Schritt war die Aufhebung des Fahrverbotes für Frauen. Was als „fortschrittlicher Akt“ weltweit bejubelt wurde, dient einzig der Imagepflege im Ausland und der Ablenkung von den Kriegsverbrechen im Jemen. Durchaus gewollt war auch die Brüskierung ultrareaktionärer Kleriker, die den Fortschritt des Landes behindern. Anfangs November dann liess MBS, so das Kürzel des forschen Kronprinzen, über 200 Kader aus Politik und Wirtschaft, darunter 11 Kronprinzen, verhaften und ins als Edelknastr umfunktionierte Hotel Ritz Carlton in

Riad verfrachten. Was als Kampf gegen die Korruption dargestellt wird, ist in Tat und Wahrheit ein skrupelloser Machtkampf mit noch offenem Ausgang. Kaum zufällig erklärte der libanesische Ministerpräsident ebenfalls am Tag dieser Verhaftungen seinen Rücktritt, notabene in Riad und nicht in Beirut. Saudi-Arabien kritisierte Hariri wegen seiner angeblich zu laschen Haltung gegenüber der mitregierenden Hisbollah-Partei, die dem Iran nahe steht. Ein Rücktritt, den Riad nach Anlass nahm, seine BürgerInnen zur Abreise aus dem Libanon aufzufordern und damit versteckt-offen mit einem Krieg zu drohen. Hinsichtlich den USA ging das Kalkül von MBS auf. Seine Politik findet dort Gefallen und Präsident Trump stellte sich umgehend hinter die drakonischen Massnahmen des Kronprinzen.

Frankreich – historische Nostalgie oder realer Einfluss auf den Konflikt?

Weniger erbaut über diese Entwicklung zeigten sich Frankreich und Deutschland. Mit einem Spontanbesuch in Riad erinnerte Präsident Macron an die ehemalige Kolonialmacht und versuchte, Gegensteuer zur US-Politik zu geben und sich als Vermittler im Konflikt mit dem Iran in Szene zu setzen. Beunruhigt waren Frankreich und Deutschland auch über den offensichtlich von Saudi-Arabien erzwungenen Rücktritt Hariris und die Kriegsdrohungen gegen den Libanon. Bekanntlich fand Hariri in der Folge nach einem Irrweg über Paris und Kairo wieder nach Hause und erklärte überraschend in Beirut den Rücktritt von seinem Rücktritt. Da Frankreich den Krieg gegen den Jemen ebenfalls logistisch unterstützt, verurteilte Präsident Macron anlässlich seines Blitzbesuches in Riad den Abschuss einer (!) Rakete auf Saudi-Arabien durch die Huthi Rebellen und solidarisierte sich dem Königreich und seinem seit bald drei Jahren anhaltenden Bombenterror gegen das Nachbarland Jemen.

Das ultrareaktionäre Regime in Saudi-Arabien wird aus geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen von allen imperialistischen Mächten umworben und unterstützt. Den US-Imperialismus und die Scheichs in Riad verbinden aber zusätzlich das gemeinsame Interesse, den Einfluss des Iran notfalls auch mit einem direkten Krieg gegen Teheran zurück zu drängen. Ein Einfluss, und das die Ironie der Geschichte, der erst über die von den USA im Irak und von Saudi-Arabien in Syrien angezettelten Kriege überhaupt möglich wurde.

Die PNOS forciert Expansion und Vernetzung

PNOS Die Partei National orientierter Schweizer fällt in den letzten Monaten mit den Gründungen diverser neuer Sektionen auf. Auch ihre Vernetzungen ins Ausland versucht die Partei zu intensivieren, wie eine Reihe gut dokumentierter Auslandsreisen belegen.

(agafzh) Vor einigen Jahren erhielt die PNOS mit der Parti Nationaliste Suisse, kurz PNS, einen Ableger im Welschland, welcher dort erstaunlich rasch Fuss fassen konnte. Präsident der PNS war und ist Philippe Georges Brennenstuhl, einem seit vielen Jahren umtriebigen Faschisten und Holocaust-Leugner. Brennenstuhl ist zudem ein penetranter Selbstdarsteller, der regelmässig die Öffentlichkeit sucht und phasenweise stündlich sein Facebook-Profil mit Posts füttert. Allerdings scheint seine Profilierungssucht zunehmend zur Hypothek zu werden. Viele Mitglieder sind inzwischen abgesprungen und traten der 2014 im Wallis gegründeten Organisation Résistance Hélicétique bei. Unter anderem ist ex-PNS-Mitglied und zeitweiliger Student der Universi-

tät Zürich, David Rouiller, Sprecher der Organisation. Résistance Hélicétique kann, wie in den letzten Jahren in einigen Ansätzen auch die PNOS, als Mischform einer typischen neonazistischen Struktur mit einigen Elementen der neuen Rechten charakterisiert werden. Sie agiert, ähnlich wie die Identitären, vermehrt aktionistisch und inhaltlich eher unverbindlich. Auch unterhält die PNOS nicht nur zu ihrem offiziellen Ableger PNS, sondern auch zu der mit PNS-Abtrünnigen gespickten Résistance Hélicétique gute Kontakte.

Doch vor allem hat sich die PNOS in den letzten Jahren mit Sektionen in praktisch allen Deutschschweizer Kantonen breit gemacht. Andere, bereits bestehende Sektionen, wie die von Zürich, erhielten ihre dringende benötigte personelle Verstärkung (Jasmin Maeder und Raphael Rotzer). Einige Sektionen dürften erfahrungsgemäss als blosse Internet-Gespinnste enden. Andere könnten sich hingegen durchaus als reale und nachhaltige Strukturen erweisen, die im Auge behalten werden müssen.

Internationale Freundschaftspflege

Auffallend ist auch die intensive Kontaktpflege der

PNOS zu unterschiedlichen reaktionären Kräften im Ausland. Schon mindestens zwei Mal ist Denis Nikitin, Inhaber der russischen Kampfsportmarke- und Föderation White Rex, für die PNOS in der Schweiz aufgetreten. Beide Auftritte waren mit Selbstverteidigungsseminaren kombiniert. Einmal fand im Anschluss dazu noch ein russischer Kulturabend in der Nordwestschweiz statt.

Anfangs November war eine PNOS-Delegation an der Nationalistendemo zum Polnischen Nationalfeiertag in Warschau zugegen. Im September und Oktober besuchten PNOS-Delegationen die neofaschistische Casa Pound in ihrer Hochburg Rom bzw. die FPÖ in Linz. Schon im vergangenen Winter hatte die PNOS für eine Veranstaltung im Kanton Luzern die mit Casa Pound assoziierte Band Bronson und den deutschen Neonazi-Rapper Makss Damage eingeladen. Zum oben erwähnten Parteitag in Bellach war ein AFD-Politiker eingeladen. Was all diese Gegebenheiten belegen, ist das Bestreben der PNOS, möglichst breite internationale Allianzen einzugehen, die sich politisch über ein ziemlich breites Spektrum erstrecken.

Digitalisierung im Kontext

DIGITALISIERUNG Die Digitalisierung scheint die ganze Welt zu beschäftigen, viele sehen in ihr die Chance unserer Zeit und reden von der vierten industriellen Revolution. Wir analysieren sie aus einer marxistischen Position.

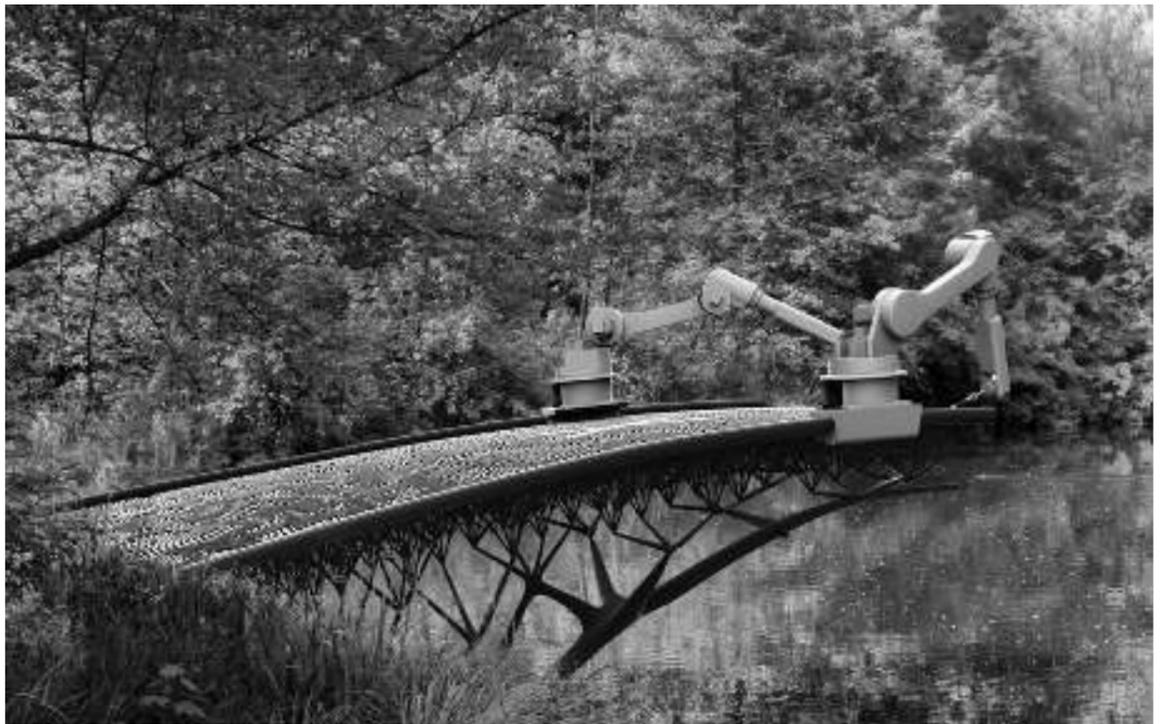
(agj) Wenn wir mit dem Computer arbeiten, geht alles schneller. Wir können komplizierte Sachen berechnen und die digitalen Werkzeuge lassen die menschliche Arbeitskraft ins schier Unermessliche steigen. Das gilt nicht nur für die Berufe im Büro oder im Labor, sondern auch für Handfestes wie den Bau: In Amsterdam soll im März 2018 eine neue Brücke fertig ausgedruckt sein. Die Computer haben den Menschen bei diesem Projekt ersetzt: Die Rechenleistung für die Konstruktion kam aus dem 3D Programm und ein Roboter hat die Brücke ausgedruckt. Kein Eisenleger musste arbeiten. Die digitale Welt beeinflusst die reale Welt, die Ideen formen und verändern die Materie. Wenn das so weitergeht, dann übernehmen die Computer bald die Weltherrschaft.

Tatsächlich haben aber natürlich Menschen das Erz für das Metall aus dem Boden geholt, mit welchem die Brücke letztlich gedruckt wird. Das 3D Programm wurde von Menschen geschrieben und die Computer tauchten nicht einfach so auf, sondern wurden genauso entwickelt und gebaut. Bloss auf dem Fluss in Amsterdam steht einfach ein Roboter und kein Mensch, dieses Spektakel ist gross, aber die menschliche Arbeit, die dahintersteckt, ist es auch.

Laptops sind wie Webstühle

Vergleichen wir diesen Roboter mit der Druckerpresse: Als der allererste Text aus der Druckerpresse kam, konnte man den Prozess des Schreibens nicht mehr so nachvollziehen wie zuvor, als Texte mühselig von Hand abgeschrieben wurden. Die Druckerpresse bewirkte nicht nur eine stärkere Entfremdung von der Arbeit, sondern ermöglichte zudem eine viel schnellere Produktion von Büchern. Mit der Digitalisierung verhält es sich ähnlich. Ökonomisch betrachtet widerspiegelt sie grob gesagt eine Entwicklung in der Produktivkraftentwicklung. Darum wird sie vielfach die vierte industrielle Revolution genannt. Die Bourgeoisie erhofft sich von ihr einen ähnlichen Schub in der Produktivkraftentwicklung wie damals bei der Erfindung der Dampfmaschine, die ein wesentlicher Bestandteil der ersten industriellen Revolution war. Die menschliche Arbeit verändert sich als Folge dieser Entwicklung und wird insgesamt wohl eher weniger werden. Das ist leider nicht gut für uns, denn die Arbeit, die übrigbleibt, wird uns anteilmässig weniger vergütet werden.

Das ist längst nicht alles: Vor der ersten industriellen Revolution wurde Stoff am Webstuhl oftmals zuhause gewoben. Dann kamen die grossen Fabriken und lösten diese Heimarbeit ab. In diesen Fabriken waren die Arbeitsbedingungen anfangs sehr schlecht, aber die Menschen kamen zugleich an einem Ort zusammen und konnten sich austauschen. Die Paläste der Kapitalisten lagen manchmal einen Steinwurf weit von den Hütten der ArbeiterInnen entfernt. Diese Konzentration war ein günstiger objektiver Faktor für die Entwicklung von subjektivem Bewusstsein. Der Kampf der ArbeiterInnenklasse veränderte die Gesellschaft und Errungenschaften, die wir heute noch spüren, wurden erkämpft. Doch mit der Digitalisierung kommt die Heimarbeit zurück: Dadurch, dass das Internet allgegenwärtig ist und die Laptops ortsungebunden sind, wird es auch die Arbeit an ihnen. Immer öfter heisst es angesichts des steigenden Angebots von monotoner Arbeit in Form von Clickwork, bei dem (noch) nicht automatisierbare Arbeit kleinstellig und zu einem Dreckslohn am Computer zu erledigen ist: «Jeder kann



Ein Roboter baut eine Brücke - Die Rohstoffe für Roboter und Computer baut die grösste Schweizer Firma «Glencore» in fernen Ländern ab.

Clickworker werden und gleichzeitig drei Kinder aufziehen. Es steht auf der Webseite, dass man nur lesen und schreiben können muss sowie eine Internetverbindung braucht. Das ist ja wie Whatsapp. Und das geht sogar während dem Stillen.» Es braucht jedoch nicht viel mehr als Menschenverstand, um einzusehen, dass ein Zusammenfliessen von Leben und derartiger Arbeit kein lebensbejahender Umstand ist.

Der rote Stern – Mehr als ein Logo

Nun wäre es ein leichtes, einfach zu sagen, dass dies alles Eigenschaften des Kapitalismus sind und in einer sozialistischen Gesellschaft die Technologien für alle statt für wenige eingesetzt würden. Schliesslich war es eine zentrale Aussage von Marx, dass der Kapitalismus ein wichtiger Schritt auf dem Weg in Richtung Sozialismus sei, weil dieser die Produktivkraft entwickle: «Andrerseits, wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie» (Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie). Das heisst aber nicht, dass nach der Übernahme der Produktionsmittel die Revolution schon beendet wäre. Lenin schrieb im Rückblick auf die Oktoberrevolution, dass es «[...] 1917 leicht war, die sozialistische Revolution zu beginnen, während es für Russland schwerer [...] sein wird, sie fortzusetzen und zu Ende zu führen» (Der «Linke Radikalismus» als Kinderkrankheit im Kommunismus). Er stellt damit fest, dass die Inbesitznahme der Produktionsmittel nicht das Ende der Revolution ist, sondern erst der Anfang.

In den Werken von Marx und Engels wird ganz sorgfältig das kapitalistische Wirtschaftssystem analysiert. Wenn wir diese Analyse lesen, erkennen wir den heute noch geltenden Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es ist enorm wichtig, dass die Bourgeoisie die Produktionsmittel besitzt und die ArbeiterInnenklasse eben nicht. Aber als Revolutionäre dürfen wir nicht die Revolution darauf beschränken. Es ist wichtig zu sehen, dass jede Idee den Stempel einer Klasse trägt. Und jede Entwicklung, auch wenn sie augenscheinlich nur technischer Natur ist, steht im Kontext der Gesellschaft, aus der sie kommt. So gesehen finden heute viele Entwicklungen unter kapitalistischen Vorzeichen statt und widerspiegeln oder reproduzieren entsprechend

eine kapitalistische Logik. Andere Entwicklungen wären ohne Kapitalismus wohl gänzlich undenkbar und hätten keinerlei Existenzberechtigung.

Eine Armee mit Zwangsrekrutierung und bürgerlichen Führungsstrukturen wird schliesslich nicht zu einer kommunistischen Armee, sobald sie unter einer roten Fahne marschiert. Sie bleibt eine bürgerliche Armee, die unter einer roten Fahne marschiert. Eine Volksbefreiungsarmee ist von Grund auf anders organisiert. Genauso verhält es sich mit der Wirtschaft: Die Wirtschaft, die sich im Kapitalismus entwickelt hat, kann nicht einfach übernommen werden und ist dann von heute auf morgen sozialistisch. Es ist die mühsame Aufgabe des Sozialismus als Übergangsetappe zwischen Kapitalismus und Kommunismus, den Prozess der gesellschaftlichen Aneignung umzuwälzen. Die alten Produktionsverhältnisse müssen zerstört und neu errichtet werden. Nur so kann es einen Übergang von einer kapitalistischen zu einer kommunistischen Wirtschaft geben.

Marx lesen statt Angst haben

Nach diesen grundsätzlichen Überlegungen soll jetzt das Phänomen der Digitalisierung mit besonderem Augenmerk auf die Schweiz betrachtet werden. Es scheint so, dass die Schweiz nicht sonderlich digitalisierungsfreundlich ist. Die nationale Wirtschaft besteht zu einem grossen Teil aus eher kleineren kleinbürgerlichen Firmen, die den neuen Technologien tendenziell eher misstrauisch gegenüberstehen. Dazu kommen staatliche Datenschutzrichtlinien sowie eine gewisse Skepsis der Bevölkerung. Diese ist zwar limitiert (man denke an die weitverbreitete Nutzung von sozialen Medien und dergleichen), aber manifestiert sich immer wieder. Beispielshaft dafür ist der personalisierte Swisspass der SBB, der vor rund drei Jahren eingeführt wurde und mit dem seither personenbezogene Kontrolldaten gesammelt werden. Die Skepsis gegenüber diesem Produkt führte nun dazu, dass die Bundesbahnen aufgrund der vielen Kundenbeschwerden an einer anonymen Version des Passes arbeiten.

Dem gegenüber stehen die Grosskonzerne, allesamt unter Zugzwang der globalisierten Marktwirtschaft. Ihre Lakaien sitzen in den Exekutivämtern im Bundeshaus und sie wollen die Digitalisierung in der Schweiz vorantreiben. An vorderster Front steht Marc Walder, CEO der Ringier AG: Kaum aus den USA zurück, initiierte er 2015 das Projekt «Digital Zurich 2025». Klar ist, er meint es ernst: SpitzenvertreterInnen aus Politik und Wirtschaft treiben mit ihm das Projekt voran. In den Folgejahren wird das Projekt in «Digital Switzerland» umbenannt. Es veranstaltet 2017 neben dem «World Web Forum» auch den ersten «Digitaltag Schweiz». Dieser steht – wie sie stolz auf ihrer Homepage berichten – unter dem Patronat der Bundespräsidentin Doris Leuthard. Offensiv kommunizieren sie via der Ringier-eigenen Tageszeitung Blick, wieso: Ziel sei es, den Menschen die Angst vor der Digitalisierung zu nehmen. Man möchte aufzeigen, wie Gesellschaft, Wirtschaft und Privatleben durch die neuen technologischen Errungenschaften zum Guten verändert werden. Angesichts der vorhergehenden Überlegungen ist das Unbehagen der Leute gegenüber diesen Entwicklungen jedoch sehr wohl berechtigt, auch wenn es sich zu selten politisch artikuliert.



Am 29.10.2012 erschienen Teile des 27. Infanteriebattalion der Philippinischen Armee (AFP) eine schwangere, unbewaffnete Blaas-Frau und ihre zwei Kinder in ihrer Hütte, damit Glencore Kupfer und Gold auf dem Territorium der Indigenen Blaas abbauen kann. Dagegen gab es Proteste

Die Welt – ein Scherbenhaufen?

WELTWIRTSCHAFTSFORUM Das dies-jährige Davoser Treffen vom 23.-26. Januar steht unter dem Motto „Strengthening cooperation in a fractured world“. Wir analysieren zwei Schlagworte, die im Zentrum ihrer Weltsicht stehen: „Inclusive Growth“ und „Industrie 4.0“

(gpw) Wie immer scheut sich die Führung des WEF nicht, Aspekte der aktuellen Situation relativ klar beim Namen zu nennen: „Geostrategische Risse mit weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, sind an mehreren Fronten entstanden.“ Politisch äussere sich das in konkurrierenden strategischen Sichtweisen, bedingt durch nationale, regionale und globale Spaltungserscheinungen. Ökonomisch konkurrieren sich Strategien zur Aufrechterhaltung der Globalisierung und Verminderung ihrer negativen Effekte, doch sind die resultierenden Vorschläge Stückwerk, voller Vorurteile und uninformativ, wenn es um nachhaltige Entwicklung, um Wachstum, das die Menschen einbindet, und um die vierte industrielle Revolution geht. Sozial werde der soziale Vertrag zwischen den Staaten und ihren BürgerInnen weiter untergraben. Schwab spricht von „unserer kollektiven Unfähigkeit, ein Wachstum zu sichern, das Arbeitskräfte einbindet (inclusive growth) und unsere knappen Ressourcen bewahrt. Dies setzt mehrere globale Systeme gleichzeitig Risiken aus.“ Das Wort „fractured“ in der Parole heisst eigentlich „zerbrochen“. Die Welt, ein Scherbenhaufen?

Schlagwort „Inclusive Growth“

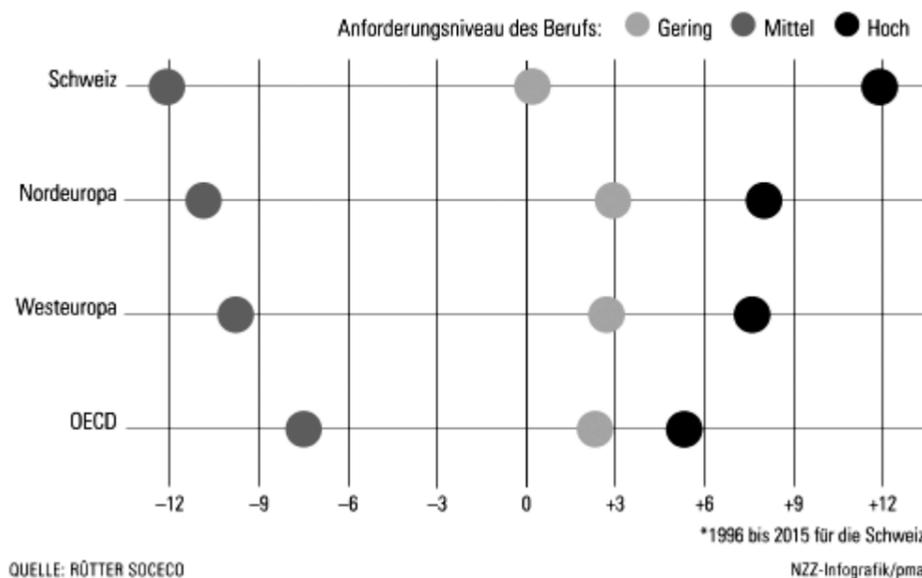
Welchen Kleister hat das WEF, um die Scherben zusammenzukleben? Ihr Allheilmittel ist bekanntlich das Wirtschaftswachstum, das meist als Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgedrückt wird. In der chronischen Krise ist das „ungenügend“, was kontinuierliche Restrukturierungen erzwingt. Diese schliessen immer mehr ArbeiterInnen aus der Produktion aus. Wie das in den letzten 20 Jahren konkret aussah, illustriert folgende Grafik aus der NZZ vom 10.11.2017:

Auffallend ist, dass vor allem Berufe mit mittlerem Qualifikationsniveau wegrationalisiert wurden. Dagegen bleibt die Beschäftigungsrate bei der einfachen Arbeit etwa konstant. Darunter fallen viele Jobs z.B. auf dem Bau, die nicht einfach von Maschinen erledigt werden können. In der Schweiz, die im letzten WEF-Rating der globalen Konkurrenzfähigkeit an oberster Stelle steht, wurden ungefähr gleich viele hochqualifizierte Stellen, vorwiegend in Forschung und Entwicklung von „Maschinerie“ geschaffen. Im Durchschnitt der Metropolenländer sinkt dieser Anteil aber um mehr als die Hälfte. Die Schere zwischen diesen und einfachen Jobs tut sich also auf.

Wie es in den Ländern des Trikont aussieht, vermittelt ein Bericht des International Fund for Agricultural Development (IFAD) aus dem Jahr 2016. Der Bericht

Gewinner und Verlierer

Veränderung der Beschäftigungsanteile nach Anforderungsniveau, 1995 bis 2015, in Prozent*



QUELLE: RÖTTER SOCECO

integriert erstmals die landwirtschaftliche Entwicklung in jedem Land in die entsprechende allgemeine Wirtschaftsentwicklung. Das Kapitel zu Afrika lässt folgendes Fazit zu: Eine nachholende Industrialisierung, die in nennenswertem Umfang Arbeitsplätze schaffen würde, ist dort wegen der hohen Produktivkraft der weltweiten Konkurrenz nicht mehr möglich. In den kommenden 20 Jahren werden aber eine halbe Milliarde junger Erwachsener auf den kärglichen Arbeitsmarkt drängen. „Inclusive growth“ würde ein Wachstum bedeuten, das diese Arbeitssuchenden integrieren könnte, was absolut utopisch ist.

Schlagwort „Industrie 4.0“

Viele Jobs, die vor allem in der Vermittlung von Informationen bestanden, wurden längst durch die Digitalisierung überflüssig. Diese hat eine moderne Form zusätzlicher Ausbeutung geschaffen: Viele ProletInnen beantworten auch in ihrer Freizeit Mails auf ihrem Handy oder nehmen noch schnell einen Anruf entgegen. Damit verlängert sich automatisch der Arbeitstag und damit auch der Mehrwert der ausgepresst wird. Dieses Phänomen ist im Alltag weit verbreitet, während die sehr schlecht bezahlte Heimarbeit am Computer eher eine Randerscheinung der Digitalisierung ist.

Nur, das alles ist noch nicht Industrie 4.0. Diese ist ein von der deutschen Regierung und Anhängseln ausgerufenes Programm, das eine Richtung der Entwicklung der produzierenden Industrie aufzeigen soll. „Smart Factory“ heisst ein eingängiges Schlagwort, von dem eine hohe Wertschöpfung erwartet wird. Es zielt auf eine möglichst hohe Autonomisierung der Produktion in Fabriken ab. Jedoch sind sich auch die Autoren

und Vordenker dieses Programms ihrer Grenzen bewusst: „Vollständige Autonomie dezentraler, sich selbst steuernder Objekte gibt es aber auf absehbare Zeit nicht.“

Bezug zum Imperialismus

Industrie 4.0 ist ein Versuch, die produzierende Industrie in Deutschland zu stärken, aber gleichzeitig auch eine Kampfansage an die andern Kapitalfraktionen und an das Proletariat. Denn konstant ist die Rede von flexibleren Arbeitszeiten und Arbeitsplätzen.

Es gibt in Japan und China ähnliche Programme, sowie in den USA die Initiative Industrial Internet Consortium (IIC). Letztlich bedeutet dies, dass noch mehr Arbeit mit mittlerem Anforderungsniveau verloren geht und die Schere zwischen der einfachen und der komplizierten Arbeit sich weiter öffnen wird.

Es wird mehr sehr einfache Arbeiten geben, um automatisierte Systeme am Leben zu erhalten, und mehr komplizierte, um diese zu entwickeln. Während die komplizierte Arbeit meist in Metropolen ausgeführt wird, wo auf die Bildungsinstitute zurück gegriffen werden kann, um die entsprechend ausgebildeten Arbeitskräfte zu finden oder die Entwicklung teilweise auszulagern, wird die einfache Arbeit oft in Länder ausgelagert, in denen das Bildungsniveau, hauptsächlich aber das Lohnniveau niedrig ist und die Gesetzgebung zu Arbeitszeit, Vorsorge etc. lasch sind. Der Kapitalexporthort wird zunehmen und damit der Druck auf das Proletariat in den Metropolen, noch billiger zu arbeiten.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

(red) Diesen Text haben wir zugespielt erhalten.

Buttersäure bei Steff Fischer

Wir haben uns vergangenen Samstag (2. Dezember) dazu entschlossen, bei einer der grossen Aufwertungsakteure Zürichs mit Buttersäure anzugreifen, nämlich bei der Fischer AG Immobilienmanagement. Wir haben uns aus verschiedenen Gründen für die Fischer AG an der Bäckerstrasse entschieden.

Steff Fischer als Chef der Firma spricht in den bürgerlichen Medien gerne über seine Vergangenheit als Hausbesitzer und Aktivist. Heute hat er die Barrikaden nicht nur verlassen, sondern die Seiten gewechselt. Er tut gerne so, als wäre er anders, netter oder cooler als die anderen Akteure der Immobilien-Branche und spielt mit seinem Image als ex-Besitzer. Doch ein Blick auf seine Projekte und Partner verdeutlicht, dass er ein genauso zentraler Akteur in den Aufwertung Zürichs ist, wie viele andere. Entsprechend hat man ihn nicht an seinem Auftritt, sondern an seinem Handeln zu beurteilen: Steff Fischer betreibt heute mit seiner Firma Klassenkampf von oben. Seine Verlogenheit hinsichtlich seiner Rolle in der Stadtentwicklung macht ihn erst recht zum Ziel.

Die Fischer AG kümmert sich um Projektentwick-

lungen, deren Bewirtschaftung, Vermittlung und Unterhalt sowie die Beratung von InvestorInnen. Dabei arbeiten sie unter anderem zusammen mit der UBS, Swiss Life, Wüest & Partner oder der Stiftung Abendrot, welche sich vor allem mit dem Neubau auf dem ehemals besetzten Binz-Areal einen Namen gemacht hat.

Ihr neuester und aktuellster Triumph ist der «Markt Lagerstrasse». Im Auftrag der SBB komplettierte Fischer mit seiner Firma den Prunkbau Europaallee. Das Erdgeschoss ist Resultat ihrer Projektentwicklung. Sie nennen es euphemistisch eine Schanier zwischen den Kreisen 4 und 5, der Europaallee und dem Hauptbahnhof. Wir nennen die Europaallee anders, nämlich einen Angriff auf das Leben im Quartier. Es ist eine Kritik, der sich Fischer schon stellen musste - ihr Markt sei nur ein Feigenblatt für ein Projekt, welches das Quartier nachhaltig verändern soll. Darauf erwiderte der Chef, dass sie lieber das Feigenblatt der SBB seien, als ein totes Quartier hinnehmen zu müssen. Wir reihten diese Aktion in eine Serie von anderen ein, bei denen die Faust angesichts der Stadtaufwertung nicht im Sack blieb. Es gibt Handlungsmöglichkeiten gegen die Aufwertung, die Akteure und Profiteure dieses Prozesses haben Namen und Adressen. Siehe wiederum das Beispiel Europaallee: Während der Frauendemo am 11. März und kurz vor dem 1. Mai gab es Farbenschlüge ge-

gen diesen Koloss. Anfang September wurden die Scheiben beim Kosmos Kulturkomplex kurz nach der Ersteröffnung eingeschlagen. Dieser Komplex ist zugleich das Resultat einer Zusammenarbeit von Filmemacher Samir, Bruno Deckert und der Fischer AG Immobilienmanagement.

Militanz ist nicht nur legitim und notwendig, sie ist auch möglich. Sie ist eine, aber nicht die einzige Antwort auf die Aufwertung. Viel mehr geht es darum, die Vielfalt des revolutionären Widerstands mit all seinen Formen nicht gegeneinander, sondern in Verhältnis zueinander zu stellen und dementsprechend nach vorne zu entwickeln. Militante Aktionen gegen einzelne Akteure können erste Ausgangspunkte des Kampfes sein, dabei darf es aber nicht bleiben: Hinter der Aufwertung steht das Kapital. Daher müssen wir den Kampf gegen die Aufwertung und ihre Akteure immer in den antikapitalistischen Kampf einbinden. Weder reformistische Forderungen, noch einzelne Angriffe, sondern nur eine Revolution, die Zerschlagung des Kapitalismus, wird die Stadtentwicklung im Interesse der Herrschenden und Bonzen aufhalten! Greifen wir die Verantwortlichen und Profiteure der Aufwertung an! Greifen wir die Herrschenden und Verteidiger des Kapitalismus an!

Fortsetzung von Seite 1

Ohne Politik läuft nichts

Zurück nach Brasilien. Gegründet wurde Samarco als Gemeinschaftsunternehmen des brasilianischen Bergbaukonzerns Vale und des britisch-australischen Rohstoffunternehmens BHP Billiton. Gemeinsam mit dem WEF-Partner Rio Tinto sind sie die drei grössten Bergbaukonzerne und sie wissen gut, wie man optimale Bedingungen für Profite schafft. Im damaligen Abgeordnetenhaus hatten mehr als 200 der 500 ParlamentarierInnen Verbindungen zur Bergbauindustrie. Die finanzstarke Lobbyarbeit beinhaltet die zweite Lektion von Bento Rodrigues: Umweltzerstörung hängt mit der kapitalistischen Profitlogik zusammen, es ist allerdings die Politik, die den Rahmen entscheidend mitbestimmt. Darin liegt auch die Brisanz der Freihandelsabkommen. Durch sie können sich Unternehmen über lokale Regierungen hinwegsetzen.

Schon 2013 wusste man bei Samarco und der Regionalregierung um die möglichen Gefahren. Dennoch erlaubte man der Mine die Aufstockung ihrer Dämme. Die Exportindustrie, also Agrarwirtschaft und Bergbau, galt lange Zeit als Garant für das brasilianische Wirtschaftswachstum. Kein Wunder intensivierten sich unter der neoliberalen Regierung von Michel Temer die politischen Zugeständnisse noch einmal. Diesen August gab die Regierung beispielsweise einen Nationalpark, grösser als Dänemark, für den Bergbau frei. Weitere Projekte sind in Planung.

Wer meint, es handle sich hierbei um ein «Dritt-Welt-Problem», verschliesst die Augen. In der Schweiz haben Kapitalinteressen genauso Vorrang vor Umweltproblemen und die Lobbyarbeit der Pharmaindustrie in Basel ist durchaus vergleichbar. Und in den USA sitzt ein Klimaskeptiker im Präsidentenamt, dessen Wahlversprechen die stärkere Förderung der Ölindustrie und die Fortsetzung des Baus der KeystoneXL-Pipeline beinhalteten. Ein Teil dieser Versprechen wurde mit entsprechenden Folgen umgesetzt: Keine sieben Monate später sind bereits 800.000 Liter Öl ausgelaufen.



Zerstörung in Brasilien.

Internationale Ungleichheiten

Dennoch gibt es grosse Unterschiede zwischen Brasilien und den imperialistischen Ländern. Dies ist die dritte Lektion. Bento Rodrigues produziert für den Export, Abnehmer sind hauptsächlich die Konzerne in den USA, China und Europa. Das Kapital profitiert dabei gleich doppelt. Ganz praktisch, indem es die Rohstoffe weiterverarbeiten lässt, zusätzlich durch Beteiligung an den profitträchtigen Konzernen. Wie bei jedem börsenkotierten Unternehmen steckt Kapital ganz unterschiedlicher Herkunft in Vale und BHP Billiton. Es ist diese internationale Verstrickung des Kapitals bei gleichzeitiger Ausbeutung von Mensch und Natur im «globalen Süden», die jüngst mehrere deutschsprachige linke Akademiker von einer «imperialen Lebensweise» (Ulrich Brand und Markus Wissen) oder einer «Externalisierungsgesellschaft» (Stephan Lessenich) sprechen liess. Alle drei Autoren gehen davon aus, dass das neokolonialistische Zentrum stärker denn je auf Kosten der globalen Peripherie lebe, da man sich im Westen die Rohstoffe des «globalen Südens» sichere und gleichzeitig Umwelttrisiken und -katastrophen dorthin externalisiere.

Diese Beobachtung, in ihren Ansätzen nicht neu, ist an manchen Stellen durchaus treffend – Stephan Lessenich ist unter anderem der Hinweis auf das Beispiel aus Brasilien zu verdanken. Die ArbeiterInnenklasse im Westen profitiert tatsächlich unter anderem dank Umwelt- und Naturzerstörung im «globalen Süden» von günstigen Reproduktionskosten. Und die westliche Konsumgesellschaft, die weit mehr Ressourcen verbraucht, als die Erde zur Verfügung hat, ist zentraler ideologischer Bausteine für die Stabilität des Kapitalismus. Doch die Vorstellung einer «imperialen Lebensweise» impliziert ein Bündnis des Kapitals mit der westlichen ArbeiterInnenklasse, wobei sie den entscheidenden ökonomischen Punkt kapitalistischer Produktions- wie Ausbeutungsverhältnisse vernachlässigt. Ob im Trikont oder im Westen, Mehrwert entsteht aus der Aneignung fremder Arbeit. Eine Komplizenschaft, das heisst die Auflösung und nicht die Verschleierung



Umweltproteste in Warren County, 1982.

des ökonomischen Widerspruches, ist in diesem System ausgeschlossen.

Natur und die Klassenfrage

Man mag dies für eine ökonomische Abstraktion oder rhetorische Spitzfindigkeit halten und wie Stephan Lessenich darauf hinweisen, dass die ArbeiterInnenklasse im Westen nur Erholung kenne, weil sie ihren gesamten Elektro- und Giftmüll in den Süden exportieren kann. Dies ist eine berechtigte Kritik am globalen Kräfteverhältnis. Doch erst das Verständnis der Grundlagen kapitalistischen Wirtschaftens ermöglicht die Einsicht, wieso sich das Verhältnis des Kapitalismus zur Natur entlang des Klassenwiderspruchs bewegt und dieser nicht nur einer von vielen Nebenschauplätzen ist.

Es ist ein verbreiteter Irrglaube liberaler Umweltpolitik, dass Umweltzerstörung immun gegen Klassenzugehörigkeit sei. Von der Katastrophe in Bento Rodrigues war nicht die Bourgeoisie betroffen. Hingegen waren ansässige Bauern und lokale ArbeiterInnen doppelt Opfer, sie verloren den Arbeitsplatz und leben nun auf giftigem Grund. Dass Umweltprobleme entlang von Klassenverhältnissen verhandelt werden, ist auch im Westen kein unbekanntes Phänomen. Die Wahrscheinlichkeit neben einer Mülldeponie zu leben, steigt erheblich, je tiefer das Einkommen ist. Solche Beispiele liessen sich wohl beliebig fortsetzen. Doch dort, wo die Klasse angegriffen wird, beginnt sie sich im besten Falle zu wehren. Die Klassenfrage zu stellen bedeutet dadurch stets den Hinweis auf Klassenkämpfe. Und dafür gibt es gute Beispiele. Einer der ersten Bezugspunkte neuerer Umweltbewegungen liegt im Kampf gegen eine Giftmülldeponie in Warren County, North Carolina (USA). Zu Beginn der 1980er Jahre hoffte der Staat im ärmlichen und mehrheitlich von Schwarzen bewohnten Shocco ohne viel Aufsicht giftigen Müll entsorgen zu können. Doch die lokale Bevölkerung wehrte sich erfolgreich dagegen, indem sie die Umweltfrage als Klassenfrage und als Frage des institutionellen Rassismus verstand und erklärte, dass es eben kein Zufall sei, dass gerade sie die Risiken der Umweltverschmutzung tragen müssen. Es entstand eine kämpferische Praxis, in der verschiedene Widerspruchs- und Unterdrückungsfelder verschmolzen und die Gemeinsamkeiten betont wurde. Die Klassenfrage spielte dabei die zentrale Rolle.

Für solche Kämpfe gibt es auch neuere Beispiele. Gegen den Bau der Dakota Access Pipeline gab es weltweit Widerstand. Auch dieser Protest war teilweise erfolgreich, gerade weil es darin als Kulminationspunkt einer sozialen Umweltbewegung, als Klassenkampf, um mehr als nur um ein regionales Partikularinteresse ging, und weil es konkrete Anknüpfungspunkte für Solidaritätsaktionen weltweit gab.

Privatisierte Gewinne, kollektivierte Umweltfolgen

Freilich agiert Kapital flexibler und rascher als Mensch und Natur dies je vermögen werden. Dies führt nochmals zurück nach Brasilien. Während etliche AnwohnerInnen noch immer auf Entschädigung und den Wiederaufbau warten, Studien davon ausgehen, dass die Natur an manchen Stellen mindestens 100 Jahre brauchen wird, bis sie sich vollständig von der Verunreinigung durch Schwermetalle erholt haben wird, ist Samarco längst zum Alltag zurückgekehrt. Man hat eine Stiftung ins Leben gerufen, die sich um Entschädigungen kümmert und lässt verlauten, dass ein direkter Zusammenhang zwischen den Schadstoffwerten in den Flüssen und der Schlammlawine heute nicht mehr hergestellt werden könne.

Samarco agiert exakt so, wie es das Standardrepertoire im Umgang mit Umweltkatastrophen vorsieht.

Doch bleiben solche Katastrophen nicht immer folgenlos. Manchmal verschieben sich parlamentarische Kräfteverhältnisse oder beteiligte Firmen gehen pleite. Dennoch: So nachhaltig wie Umweltkatastrophen den Menschen und die Natur in den letzten 150 prägten, erlebte das Kapital noch keine Katastrophe. Dies hat einen einfachen Grund. Ein für den Menschen und die Natur möglicherweise irreversible Ereignis, erscheint im abstrakten, sich durch Flexibilität auszeichnenden Akkumulationszyklus des Kapitals reversibel. Geht eine Firma pleite, ist dies eine Chance für die Konkurrenz. Sterben Menschen aufgrund von Umweltverschmutzung, besorgt sich das Kapital neue ArbeiterInnen. Freilich funktioniert dies nicht endlos, denn irgendwann findet selbst das Kapital keine Alternativen mehr. Bis zu diesem Zeitpunkt aber wird sich das Kapital von keiner Katastrophe abhalten lassen, seinen destruktiven Weg zu gehen.

Technokraten und Marktlösungen

Zwei Tage nach dem Unglück von Bento Rodrigues liess man entlang der möglichen Gefahrenpunkte Warnsirenen bauen. Man mag dies als zynisch empfinden, doch entspricht dies im Kleinen exakt jener Strategie, mit der man zukünftig auch global die Umweltkrise handhaben möchte. Da es weiterhin Umweltkatastrophen geben wird, diese mit der Klimaerwärmung gar weiter zunehmen werden, brauche es eben bessere technische Lösungen zu deren Eindämmung, und dazu gehören mittlerweile auch die lauter werdenden Rufe nach Geoengineering.

Gleichzeitig soll es auch der Markt richten. Das beliebteste Mittel zur Umweltrettung ist seit einigen Jahren der Handel mit Emissionsrechten. Erschafft man erst einen Markt für den CO2-Ausstoss, so die wirtschaftliche Theorie dahinter, ergeben sich automatisch auch Anreize zu dessen Verringerung. Die Realität sieht allerdings anders aus. So sahen über den Handel mit Emissionsrechten mittlerweile auch Unternehmen ab, die eigentlich zu den grössten KlimaverschmutzerInnen gehören, beispielsweise ThyssenKrupp, BP oder Shell, die zwischen 2005 und 2014 Emissionspapiere im Wert von mehr als einer Milliarde Euro übrig hatten. Auch in anderen Fällen funktionieren die marktwirtschaftlichen Lösungen prächtig, allerdings nur für das Kapital. Die «Institutionellen Anleger für den Klimaschutz» (IIGCC) wollen beispielsweise Marktsignale für einen stärkeren Umweltschutz und Nachhaltigkeit aussenden. Inwiefern Mitglieder wie BlackRock oder die Norwegische Zentralbank, also jene, deren Kapital an den Mienen von Bento Rodrigues beteiligt sind, für eine nachhaltige Zukunft sorgen wollen, bleibt ein ungelöstes Geheimnis des Kapitalismus.

Sozialismus alleine wird's nicht richten können

All dies klingt düster. Und tatsächlich ist es dies auch. Denn selbst wenn wir morgen schon in einer anderen Gesellschaft leben würden, stellt sich die Frage, ob Veränderungen wie etwa der Klimawandel noch rückgängig gemacht oder zumindest lebensverträglich eingedämmt werden können. Auch eine Revolution wird die Umweltzerstörung nicht automatisch stoppen. Aus der gegenwärtigen Umweltkrise folgt die notwendige Erkenntnis, dass eine neue Gesellschaft nicht als Fortführung der heutigen Konsumgesellschaft und ihrer Umweltzerstörung konzipiert werden kann. Eine künftige kollektive Aneignung von Produkten bedingt ein neues Verständnis über die destruktive Rolle der Produktivkräfte und daraus ableitend ein bezüglich der Natur und Umwelt bewusstes gesellschaftliches Aus Handeln der verwendeten Möglichkeiten.

Ökologie: Über das richtige Leben im Falschen

INTERVIEW Für die Tierrechtsgruppe Zürich hört der Marxismus nicht beim Menschen auf. Wie das geht und welche Rolle dabei ökologische Fragen spielen, wird im folgenden Interview aufgezeigt.

(raw) Beginnen wir bei Grundlegendem: Der Rahmen eurer politischen Arbeit zu Tierbefreiung bildet der Marxismus. Können Sie die marxistische Perspektive, wie Sie in eurer Politik entwickelt, genauer ausführen?

Marx und Engels wollten Ausbeutung und Unterdrückung abschaffen, weshalb sie sich damit beschäftigten, welche Verhältnisse die Menschen in ihrer Geschichte zueinander und zur Natur eingehen. Die von den beiden entwickelte materialistische Geschichtsauffassung zeigt auf, dass sowohl die gesellschaftlichen Beziehungen und Einrichtungen (z.B. Lohnarbeit oder der Staat) als auch die Beziehung der Menschen zur Natur nicht gott- oder naturgegeben sind. Vielmehr sind diese Verhältnisse Resultat der menschlichen Praxis und nehmen in den verschiedenen geschichtlichen Epochen unterschiedliche Formen an, welche durch den Klassenkampf geprägt sind.

Dies gilt natürlich auch bezüglich der Stellung der Tiere in der gegenwärtigen Gesellschaft. Der barbarische Umgang mit Tieren in den Schlachtfabriken oder auf Pelzfarmen beruht nicht auf einer unveränderlichen Schöpfungs- oder Naturordnung. Er entspricht den kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnissen wie sie von Marx und Engels in ihrer Kritik der politischen Ökonomie analysiert wurden. Kurz gesagt sind die Tiere im Kapitalismus Waren und Produktionsmittel und damit wie die Lohnarbeiter bloss Mittel zum Zweck der Profitproduktion für die Kapitalisten. Zwar bestehen zwischen der Stellung der Tiere und der Stellung des Proletariats im kapitalistischen Produktionsprozess qualitative Unterschiede. Dies ändert jedoch nichts daran, dass nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Tiere durch die Bourgeoisie ausgebeutet werden.

Der historische Materialismus und die Kritik der politischen Ökonomie ermöglichen uns eine präzise Analyse der Ausbeutung der Lohnarbeiter und der Tiere in der bürgerlichen Gesellschaft. Zudem bietet der Marxismus uns eine Perspektive für die Abschaffung dieser knechtenden Verhältnisse: der revolutionäre Bruch mit dem Kapitalismus im Klassenkampf. Leider wird von Marxisten häufig ignoriert, dass Tiere Teil der Unterdrückten sind. Marxisten und Tierbefreiungsaktivisten müssen endlich begreifen, dass sie in den Kapitalisten denselben Gegner haben und dass sie sich für ein revolutionäres Projekt zusammenschließen müssen.

Politische Interventionen zum Thema Tier sind, insbesondere ausserhalb einer linken Tierbefreiungsbewegung, moralisch und emotional stark aufgeladen. Wie gelingt es, Tierbefreiungspolitik fernab moralischer Kategorien zu betreiben?

Zu Beginn des Engagements für Tierbefreiung steht meist die schlichte Erschütterung über das Leid, das den Tieren zugefügt wird. Daraus erwächst das Bedürfnis zu verstehen, warum Tiere millionenfach abgeschlachtet werden und die Frage, was man dagegen tun kann. Teile der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung reduzieren die Antworten darauf auf individuelle Verhaltensweisen und Ansichten, die völlig losgelöst von den Funktionsweisen der kapitalistischen Produktionsweise betrachtet werden. Dadurch bleibt die Forderung nach einer Befreiung der Tiere moralistisch. Es wird verpasst zu verstehen, unter welchen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen die Ausbeutung der Tiere stattfindet und was entsprechend verändert werden müsste, um sie zu beenden. Ähnliche Fehler werden aber genauso in anderen Themenfeldern der Linken begangen, zum Beispiel in der Frauen- und Geschlechterpolitik, bei der es oft auch hauptsächlich um individuelle Verhaltensweisen und Sprachregelungen geht.

Moralische Appelle an die herrschende Klasse, den Staat oder die Gesellschaft als Ganzes bleiben ohnmächtig und weitestgehend wirkungslos, weil der einzige Zweck der kapitalistischen Produktion die Akkumulation von Kapital ist. Das heisst aber nicht, dass Moral für revolutionäre Politik gar keine Rolle spielt. Auch der Antrieb marxistischer Politik erwächst zunächst aus dem Entsetzen über die grausamen Verhältnisse, von denen man selber betroffen ist oder andere darunter leiden sieht. Man denke nur an miese Arbeitsbedingungen, Kriege oder das Ertrinken von Flüchtlingen im Mittelmeer. Diese unsäglichen Gräueltaten bewegen



Tierrechtsgruppe am 1. Mai in Zürich.

uns als Linke dazu, nach ihren Gründen und nach Möglichkeiten zu suchen, die Verhältnisse zum Besseren zu verändern. Die Erkenntnis, dass der Kapitalismus mit innerer Notwendigkeit Leid, Ausbeutung und Unterdrückung produziert, ist die Grundlage revolutionärer Politik. Auch Kommunisten treibt also ein moralischer Impuls an, nur bleiben sie nicht dabei stehen. Es gilt also zwischen bürgerlichem Moralismus und revolutionärer Moral zu differenzieren.

Wie sehen Sie die Verschränkung von Kapitalismus und Ökologie?

Durch die Jagd nach bestmöglichen Standorten, neuen Investitionsmöglichkeiten und immer höheren Renditen der konkurrierenden Kapitalisten ist der Wachstumszwang unzertrennlich mit dem Kapitalismus verbunden. Seine rastlose Gier nach Mehrwert untergräbt, wie Marx im Kapital schreibt, die zwei Springquellen des Reichtums: den Arbeiter und die Erde. Die natürlichen Ressourcen sind jedoch nicht unbegrenzt verfügbar und Teile davon auch schon unwiederbringlich zerstört. Dieser Widerspruch zwischen dem unbegrenzten Wachstumszwang einerseits, und der begrenzten Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen andererseits ist dem Kapitalismus inhärent.

Die monoton ansteigende Ausbeutung der Natur und ihrer Ressourcen stellt das Überleben der Menschen, sowie aller anderen Lebewesen auf diesem Planeten aufs Spiel. Doch die Antwort der herrschenden Klasse auf den Klimawandel und die globale Umweltkatastrophe in Form eines „grünen Kapitalismus“ ist eine Farce. Weder haben die Kapitalisten, deren einziges Ziel die Vermehrung des Mehrwerts ist, ein objektives Interesse daran, die Zerstörung der Natur zu beenden, noch kann eine Lösung dieser Probleme durch effizientere Technologien mit dem Wachstum der kapitalistischen Ökonomie Schritt halten. Im Gegenteil, die Herrschenden machen mittlerweile riesige Profite aus der Vermarktung sogenannter nachhaltig hergestellter Produkte und verleiben sich damit sogar noch die Kritik an der Naturzerstörung ein.

Aus diesen Gründen ist es offensichtlich und notwendig, dass sich eine revolutionäre Linke zu diesem Thema verhalten und auch die Befreiung der Natur aus den Klauen der herrschenden Klasse vorantreiben muss.

Von Linken wird immer wieder die Erwartung produziert, dass diese Gutmenschen seien, also Coca-Cola boykottieren und sich nur mit Bio-Wolle einkleiden. Dem steht die Position gegenüber, dass es kein richtiges Leben im Falschen gibt. Wie sehen Sie dies im Bezug zur Befreiung der Tiere aber auch zum Erhalt eines ökologischen Gleichgewichts?

Die Probleme, die der Kapitalismus hervorbringt, können nicht durch einen ethischen Konsum gelöst werden. Allerdings wird das Zitat von Theodor W. Adorno, welches ihr anführt, leider oft als Argument dafür missbraucht, Veränderungen im Hier und Jetzt zu vernachlässigen und sich nicht mit individuellen Verhaltensweisen oder zum Beispiel dem Veganismus auseinanderzusetzen zu müssen. Im Gegenteil gibt es in der Linken vielfach die Tendenz, stumpfen Konsum zu verherrlichen und diesen mit Freiheit gleichzusetzen. Das

hat nichts mit Kritischer Theorie zu tun. Einer ihrer Vertreter, Herbert Marcuse, hat zum Beispiel darauf hingewiesen, dass der Kapitalismus auch falsche Bedürfnisse produziert, um Märkte für seine Waren zu schaffen und seine Klassenherrschaft zu stabilisieren. Deshalb muss eine revolutionäre Bewegung immer auch eine entsprechende Gegenkultur entwickeln, statt einfach bürgerliche Kultur zu kopieren und ihr einen subkulturellen Anstrich zu geben. Teil davon muss sein, innerhalb des Kapitalismus Perspektiven für eine andere Lebensweise zu erkämpfen. Das machen wir ja zum Beispiel auch in Bezug auf Sexismus und Rassismus. Dazu gehört auch der Veganismus. Indem man Fleisch isst, verleibt man sich Teile eines anderen Individuums ein und beteiligt sich damit an der Ausbeutung und Herrschaft über andere Lebewesen.

Natürlich ist der Veganismus in den letzten Jahren zu einem rasant wachsenden Markt geworden. Viele Unternehmen, darunter auch Firmen aus der Fleischindustrie, verdienen sich eine goldene Nase mit veganen Produkten. Das ist jedoch nicht die Schuld des Veganismus. Der Kapitalismus besitzt die Fähigkeit, fortschrittliche und subversive Forderungen um ihren kritischen Gehalt zu bringen, zu integrieren und zu Geld zu machen. Daher darf der Veganismus nicht dem Bürgertum überlassen werden, sondern muss mit dem Klassenkampf von unten einhergehen.

Obwohl sich durch veganen Konsum die Probleme im Kapitalismus nicht lösen lassen, ist es nicht zu verleugnen, dass die Tierproduktion nach dem heutigen Stand der Produktivkräfte nicht nur unnötig, sondern irrational und antifortschrittlich ist. Sie verbraucht ein Vielfaches an Ressourcen und verursacht gravierende ökologische Schäden sowie unermessliches Leid. Der Kampf für eine ökologische und sozialistische Gesellschaft muss deshalb auch eine vegane Lebensmittelproduktion anstreben.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel (107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

Die Polizei im post-kolonialen Frankreich

REPRESSION Der vor wenigen Wochen zurückgezogene Ausnahmezustand brachte verschärfte Repressionswellen gegen die sozialen Proteste mit sich. Wir wagen einen Ausflug in Frankreichs postkoloniale Geschichte, die die Gestaltung der zeitgenössischen Herrschaftsform in vielen Facetten prägt.

(agafz) Der am 14. November 2015 vom damaligen französischen Präsidenten François Hollande ausgerufene Ausnahmezustand ist ein Erbe des franko-algerischen Kolonialkrieges, der von 1954 bis 1962 das ganze Land, von seiner nordafrikanischen Peripherie bis ins Herzen der imperialen Metropolen, erschütterte. Der Ausnahmezustand wurde in diesem Fall nach den Pariser Attentaten vom 13. November 2015 aufgrund der Terrorismusgefahr ausgerufen. Der eröffnete Handlungsspielraum wurde auch im Rahmen der Bekämpfung sozialpolitischer Bewegungen eingesetzt. Zu diesen zählen die Proteste gegen den Pariser Klimagipfel Ende 2015 und die breite Bewegung gegen eine neoliberale Revision des Arbeitsgesetzes, das so genannte «Loi Travail» oder «Loi El Khomri».

Auch zehn Jahre zuvor, im Herbst 2005, wurde unter Jacques Chirac der Ausnahmezustand verhängt. Es ging darum, anhand von Sperrstunden die Arbeiterquartiere unter Kontrolle zu bringen. Von diesen gingen heftige Protestwellen aus, welche sich im ganzen Land ausbreiteten.

Die Gewaltausbrüche seitens der Polizei, welche letztes Jahr für Aufruhr sorgten, sind keine Unfälle oder Fehlverhalten einzelner, besonders böswilliger Polizisten. Vielmehr stellen sie konkrete, in einer Situation zugespitzte Ausdrücke des normalen Funktionierens des Staates dar. Sie sind Produkte einer Gewalt, die man auf der historischen Ebene der Aufstandsbekämpfung verstehen muss. Das was als Ausnahme in Erscheinung tritt, ist lediglich eine radikalisierte Form der Normalität.

Der Algerienkrieg und die Entstehung des modernen Staates

Der Ausnahmezustand bezeichnet eine Situation, in der die Behörden über ein spezielles Arsenal an Massnahmen verfügen, um grundlegende Pfeiler des Rechtsstaates wie das Demonstrationsrecht oder die Bewegungsfreiheit einzudämmen. Der Ausnahmezustand wurde zum ersten Mal 1955 im damals noch algerischen Frankreich ausgerufen. Er wurde auch in den Metropolen, und mehrmals während des Krieges angewandt. Diese hochmilitarisierte Grundstimmung ist die Ausgangslage, aus der die heutige französische Staatsform definiert wurde. Historische Erschütterungen haben schon in der Vergangenheit Anpassungen der Modalitäten der Herrschaft begleitet: Die Niederschlagung der Pariser Kommune führte zur III. Republik, die revolutionäre Nachkriegswelle zur Etablierung der IV. und so entstand die V. Republik Frankreichs 1958 mitten im Algerienkrieg.

Die Analysen der Historiker konvergieren um zu sagen, dass die Etablierung der V. Republik eine Art Staatsstreich war, in dessen Mittelpunkt die Armee stand. Letztere übernahm de facto die Macht gegenüber der zivilen Administration in Algerien. Unter dem Druck ihrer Generäle kam de Gaulle zurück an die Macht. Er wertete die Stellung der Armee im Staat auf und machte das Ziel der Militärmacht zu einem bedeutender Pfeiler in der Entwicklung Frankreichs. Die Polizei wurde mit ausserordentlichen Mitteln versehen, die ihr einen militärischen Charakter gaben. Dies führte zu Szenen, wie die des Staatsmassakers vom 17. Oktober 1961, als die Pariser Polizei hunderte von Demonstranten anlässlich einer Demo der Front de Libération Nationale (FLN) ermordeten. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass obwohl ihr Handlungsspielraum ab diesem Moment erhöht wurde, es schon früher ähnliche, wenn auch kleinere Episoden gab. Gemäss ihren eigenen Worten schoss die Polizei ungehemmt, denn sie wusste, dass ihre Schüsse vom Innenministerium in Kauf genommen, ja sogar unterstützt wurden.

Es wird geschätzt, dass Mitte der 1960er Jahre immer noch über hunderttausend aus dem nordafrikanischen Raum stammende Menschen in elenden Barackensiedlungen wohnten. Diese Quartiere waren zur Zeit des Kriegs für die Rekrutierungsarbeit der FLN wichtig. Um dagegen zu kämpfen, wurden in den 1950er Jahre spezielle Polizeibrigaden gegründet. Sie hatten den Auftrag die Bevölkerung dieser Agglomerationen zu brechen. Im Slum von Nanterre gab es zum Beispiel die «Schlägerbrigade», die Baracken mit Keulen zerstörte. Diese Einheiten gibt es in der exakt gleichen Form heute nicht mehr, doch ihr Erbe und Einfluss bleibt bestehen.



Nanterre, 1956: bekanntes Bild des Photographs Jean Pottier

Die BAC oder das Erfolgsmodell des post-kolonialen Frankreichs

Wie schon angedeutet, gehört nicht nur der Ausnahmezustand zum Erbe der Kolonialzeit. Eine ganze Reihe der noch heute existierenden Methoden der für die Kontrolle, Besatzung und Befriedung der Banlieues zuständigen Polizeieinheiten, haben ihre Wurzeln in der früheren Militärtaktik. Diese speziellen Einheiten waren für viele reaktionäre Nostalgiker eine optimale Möglichkeit, um den Algerienkrieg nach der Unabhängigkeit in einem legalen Rahmen in Kontinentalfrankreich weiterzuführen. Damit soll nicht gesagt werden, dass das koloniale Schema gänzlich übernommen wurde. Es geht mehr um die Beschreibung, auf welche Art diese Mechanismen in die Metropolen übertragen wurden.

Es handelte sich um eine Mischform aus kolonialer und politischer Polizei sowie aus Elementen der Polizei, die im XIX. Jahrhundert für die «Säuberung» des

über juristische Kompetenzen und dadurch über mehr Spielraum verfügten. Die BAC operiert als meistens ziviles aber hoch bewaffnetes Korps. Ein entscheidender Aspekt ist, dass diese Brigaden proaktiv sind. Das heisst, sie sind selber verantwortlich für die Zustände, die ihre Existenz legitimieren. Die BAC provoziert, bis sie die Reaktion erreicht, die eine Intervention rechtfertigt. Dies führte dazu, dass die BAC mit relativ wenigen Mitteln überdurchschnittliche Verhaftungszahlen lieferten, die sie zu einem rentablen Erfolgsmodell machte und ihr sogar internationale Hochachtung verschaffte. Seither vermehrten sich die BAC Einheiten über das ganze Land und in diversen Formen. Die Methoden der BAC sind heute immer noch grausam. Zum Beispiel wurde 2008 Hakim Ajimi, 22 Jahre alt, für sein auffallendes Verhalten von der BAC festgenommen und so lange gewürgt, bis er starb. Im Juni 2012 wurde der 26 jährige Nabil Maboul erschossen als er flüchtete, um einer Kontrolle der BAC zu entkommen.



«Hier werden Algerier ertränkt»: das Graffiti denunziert das Staatsmassaker vom 17. Oktober 1961

öffentlichen Raums von unerwünschten Individuen wie Prostituierte, Obdachlose, Bettler, Homosexuelle oder Romas zuständig war. Die Brigaden, die diesen dreifachen Charakter erben, operieren heute noch in der Peripherie der industriellen Zentren und werden zur Verwaltung der Unterschicht und ihrer Quartiere eingesetzt. Für die Einwohner dieser Regionen äussert sich das dreifache Wesen der Unterdrückung durch eine ausserordentliche Gewalt, eine geografische Abschottung und einer konstanten Verfolgung im öffentlichen Raum. All dies folgte einem noch heute tief verankerten rassistischen Schema. Zum Alltag dieser Lebenssituationen gehören Demütigungen und willkürliche Aggressionen von einer kaum vorstellbaren Brutalität. Folgendes Beispiel soll zur Darstellung helfen: Im Herbst 1971 wurde in Ivry Behar Rehala, ein emigrierter Arbeiter arabischer Abstammung, für den Diebstahl eines Joghurts von der Polizei verfolgt und mit Schaufeln zu Tod geschlagen.

Ein besonders «erfolgreiches» Modell einer solchen Polizei stellt die Brigade Anticriminalité (BAC) dar. Die erste Version davon, die BAC 93, wurde 1971 in Seine-Saint-Denis bei Paris gegründet. Sie entstand aus der Neugestaltung und Neuordnung von ehemaligen Strukturen und Akteuren des Algerienkriegs und aus der Bekämpfung der 1968er Bewegung. Sie funktionierte damals als nacht-aktive Einheit, die auch

Von den Slums von Nanterre zur Place de la République

Im Laufe der 2000er Jahre wurden neue Versionen der BAC gebildet, deren nachrichtendienstliche Kompetenzen und diverse Aufgaben im Bereich der Terrorismusbekämpfung liegen. Zugleich wurden BAC-Einheiten vermehrt gegen politische Proteste eingesetzt. Dies zum Beispiel während der Demonstrationen, die 2009 in Strassburg gegen das Jubiläum der NATO stattfanden. In diesem Rahmen konnten sie die ganze Palette ihrer Möglichkeiten anwenden. Natürlich wurde die BAC für die Repression gegen die Proteste um das «Loi Travail» eingesetzt. Im Rahmen dieser Bewegung besetzten SchülerInnen des Pariser Gymnasium «Henri Bergson» ihr Schulhaus. Die Videos, die letztes Jahr im Internet zirkulierten und für Aufsehen sorgten, zeigten zivil Vermummte, die auf diese SchülerInnen einprügelten. Ein exemplarisches Verhalten der BAC, denn Einschüchterungen und Provokationen gehören zum Programm.

Wie schon gesagt, sind diese Ereignisse nicht Fehlverhalten oder Unfälle, sie haben eine politische Geschichte. Massenverhaftungen, präventive Freiheitsentzüge und willkürliche Gewalt sind nichts neues. Sie gehören zu den Massnahmen, die vor allem der migrantischen Bevölkerung der Banlieues und ärmeren Arbeiterquartieren vorbehalten waren und immer noch Teil deren Alltags sind.



Im Bild

Es gibt viele Bilder, die für den Landesstreik vom 11. bis zum 14. November 1918 stehen. Etwa jenes der bedrohlichen Armee, welche mit gezogenen Säbeln am Paradeplatz steht. Aber nicht viele Bilder strahlen die subjektive Entschlossenheit so stark aus, wie das nebenstehende. Die Barrikade auf dem Bild versperrt die Zugstrecke beim Bahnhof Grenchen Süd. Diese Region war damals schon stark industrialisiert und verfügte über eine äusserst bewusste ArbeiterInnenschaft. Dass wir den Generalstreik schon im Frühjahr 2018 thematisieren, hat gewisse Gründe. Wie die russische Revolution ist der historische Landesstreik dem Bürgertum auch heute noch ein Dorn im Auge. Dass die ArbeiterInnenschaft der angeblich so vorbildlich demokratischen Schweiz den Generalstreik wagte, wird auch hundert Jahre später dazu führen, dass man die Geschichte der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung in den Dreck ziehen, verfälschen und relativieren wird. Es sei beim allfälligen Lesen bürgerlicher Blätter empfohlen, das Bild der Barrikade und der Entschlossenheit gewisser Teile der ArbeiterInnenbewegung im Hinterkopf zu behalten.

Zürcher Aufstände 1917: Angetrieben von revolutionärer Dynamik

GESCHICHTE Am 17. November 1917, nur wenige Tage nach Ausbruch der russischen Revolution, fanden in Zürich die sogenannten Novemberaufstände statt. Die revolutionäre Dynamik vollzog sich länderübergreifend – der schweizerische Landesstreik folgte ein Jahr später.

(az) Den Schwerpunkt unserer letzten Zeitung widmeten wir der russischen Oktoberrevolution. Um den internationalen Charakter dieser revolutionären Bewegung darzulegen, lohnt sich ein zweiter Blick in die Geschichtsbücher. Selbst die ganz lokale Stadtzürcher Quartiergeschichte – zwischen Zentralstrasse und Helvetiaplatz – ist für dieses Verständnis geeignet. Und für ZürcherInnen natürlich besonders anschaulich.

Die schweizerische ArbeiterInnenklasse sah sich um 1917 sehr widrigen Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Zwar blieb die Schweiz weitgehend kriegsverschont, doch Teuerung und Hunger machten den Menschen das Leben äusserst schwer. Gleichzeitig hatte die schweizerische ArbeiterInnenklasse in den Jahren zuvor einiges an Kampferfahrungen ansammeln können und sich in Parteien und Gewerkschaften organisiert. Die Sozialdemokratische Partei (und ihre Jugendbewegung SJO) stellte damals die wichtigste Kraft dar, verhielt sich jedoch zumeist sehr passiv.

Gruppe Forderung als radikaler Flügel

In verschiedenen Schweizer Städten fanden 1917 Demonstrationen gegen die Lebensmittelteuerung statt. Das Eintreffen der Neuigkeit der Oktoberrevolution beflügelte die Stimmung in der Arbeiterschaft in Zürich und vielen anderen schweizerischen Städten. Die Hoffnung auf ein besseres Leben erschien plötzlich als fassbar und konkret.

Die Bewegung fand einen seiner radikalen Flügel mit der Gruppe Forderung um die beiden GenossInnen Leonie Kascher und Joggi Herzog, welche später die Kommunistische Partei der Schweiz mitbegründen sollten. Gruppe «Forderung» wurde diese Fraktion innerhalb der sozialistischen Jugendbewegung (SJO) aufgrund des Namens ihrer Publikation genannt. Die Gruppe Forderung ihrerseits war zwar relativ klein, verstand es jedoch, mit ihren offensiven Forderungen und Aktionsvorschlägen, der Stimmung der ArbeiterInnen gerecht zu werden und die Initiative zu übernehmen. Mitunter aus diesen Erfahrungen und Widersprüchen gründeten die Leute der Forderung die Kommunistische Partei der Schweiz.



Bellevue, 30. August 1917 - Demo gegen Teuerung

„Es gilt die Tat“ – Chronologie des 17. November 1917

Am 15. November 1917 sollte eine Kundgebung zum Friedensdekret der Russischen Sowjets auf dem Helvetiaplatz abgehalten werden. Es tobte der 1. Weltkrieg, Europa glich einem Blutbad. Auf Weisung des Stadtrates durfte diese Kundgebung jedoch nur im Volkshaus stattfinden. Doch es kamen so viele ArbeiterInnen, dass die Kundgebung auf Druck der Anwesenden auf dem Helvetiaplatz durchgeführt wurde. Nach dieser Kundgebung zog man als Demonstrationzug über die Lang- und Badenerstrasse vor die Munitionsfabrik Scholer & Co an der Zentralstrasse 47. Dort setzte man kurzerhand einen Produktionsunterbruch durch. Gleiches wurde in der Munitionsfabrik Bamberger, Leroi & Cie. am Stauffacherquai 42/44 versucht, wo jedoch die Polizei die Firma abriegelte. Aufgrund des grossen Erfolges dieser Aktion fand am nächsten Tag eine weitere Kundgebung statt, zu der mit folgendem Text mobilisiert wurde: «... Internationale Aktion der Arbeiter gegen Krieg. Arbeiter, erscheint in Massen! Es gilt die Tat! Es gilt zu wirken, geredet ist genug!...»

Nun kam es erstmals zu Zusammenstössen mit den Bullen, nachdem verschiedene Exponenten der Bewe-

gung verhaftet wurden. Am ereignisreichen Samstag, dem 17. November 1917 versammelten sich die ArbeiterInnen wieder auf dem Helvetiaplatz, wo Reden gehalten wurden. Nach den Reden setzte sich ein Demonstrationzug in Richtung NZZ in Bewegung. Dort wollte man gegen das bürgerliche Blatt und dessen Berichterstattung über den Vortrag protestieren. Beim Bullenposten Kreis 4 versuchte jedoch ein Grossteil der Demonstration die Gefangenen zu befreien. Es kam zu heftigen Krawallen und zu Strassenschlachten, bei welchen auch das Militär eingesetzt wurde. Dabei gab es mehrere Tote und viele Verletzte.

Weniger als ein Jahr später sollte die revolutionäre Unruhe in den Landesstreik münden. Und auch in den Jahren nach dem Landesstreik kam es immer wieder zu Aufständen und revolutionären Unruhen. Die russische Revolution war also in der Lage, europaweit politische Orientierung zu verschaffen. Die Unmittelbarkeit der revolutionären Dynamik wird am Beispiel dieser Zürcher Lokalgeschichte besonders deutlich.

Exklusiv aus Rakka: Gespräch mit IFB-Kommandanten

ROJAVA Anfangs November trafen wir den Kommandanten des Internationalen Freiheitsbataillons (IFB) und sprachen mit ihm über die historischen Ereignisse von Rakka und über ihre Strategie nach diesem Sieg.

(gpw) **Zuerst möchten wir allen Kämpfer*innen des IFB unseren tiefsten Respekt und revolutionäre Solidarität ausdrücken und alle Shêhîd (gefallenen Kämpfer*innen) ehren. Wer bist du und wie sind die Befehlsfunktionen im IFB organisiert?**

Mein Name ist Mahir Bakırcıyan. Ich bin Kämpfer von TPK/ML-TIKKO und Kommandant des Internationalen Freiheitsbataillons. Man ist für drei bis vier Monate Kommandant*in. Danach treffen sich die vier das IFB bildenden Organisationen (BÖG, TKP/ML TIKKO, MLKP und IRPGF) und suchen die/den Bataillonskommandanten*in aus. Wir verwenden ein Rotationssystem, damit die/der Kommandant*in immer aus einer anderen Organisation kommt, als die/der Vorgänger*in.

Die Rakka-Operation endete mit einem historischen Sieg. Von Minbedsch bis Rakka: Worin liegt die historische Bedeutung dieser Kämpfe, militärisch/strategisch, operationell/taktisch und in Bezug auf den Aufbau der Revolution von Rojava?

Die Befreiung Rakkas war der Höhepunkt eines langen, mühseligen Kampfes gegen die faschistischen Bandit*innen von Daesh, der den kurdischen und arabischen Völkern und den internationalen Freiwilligen viele Opfer abverlangte.

Von der heroischen Verteidigung Kobanê aus gingen wir in die Offensive über, befreiten neue Gebiete und gewannen so den Boden, auf dem sich die Revolution von Rojava ausbreiten kann. Minbedsch war ein sehr wichtiges strategisches Ziel, weil es der Daesh als zweite Hauptstadt diente. Von dort leitete die Daesh den Transport von Truppen, Munition und Ressourcen aus der Türkei und durch die ganze Region in die Wege, beschützte die westliche und die südwestliche Front Rakkas und stellte ein grundlegendes Hindernis im Kampf für die Vereinigung der Kantone dar. Die Befreiung der Stadt war ein grosser Sieg für die QSD, der jedoch Vielen das Leben kostete. Leider mussten die geplanten Feldzüge auf Dscherablus und Bab aufgrund der kriminellen Intervention der Türkei zur Unterstützung ihrer Verbündeten von Daesh, danach warten.

Als Nächstes kam der Rakka-Feldzug, ein langer und schwieriger Vorstoss auf mehreren Fronten in den Süden. Er bestand aus offensiven und defensiven Operationen und das IFB war immer mittendrin. Anfang Juni begann der Angriff auf die Stadt selber. Wir brachten alles zum Einsatz, was wir von Kobanê und Minbedsch über den Städtekrieg gelernt hatten. Wir bauten unsere Taktiken aus und passten sie den sich ständig weiterentwickelnden Militärdoktrinen der QSD an. So gingen wir die offensiven Operationen im Vergleich zu früheren Feldzügen vorsichtiger an. Dazu gehörte der Einsatz kleinerer Einheiten, die innovative Verwendung von gepanzerten Fahrzeugen und mechanisierten Einheiten und der gründliche Beschluss der Operationsbereiche mit schwerem Geschütz, Artillerie und Luftschlägen. Wir konterteten die alten und neuen Taktiken der faschistischen Feinde, z.B. deren Einsatz von Drohnen zur Aufklärung und Abwerfen von Bomben, die intensive Verwendung von Tunneln, um eine taktische oder operationelle Überraschung zu erreichen, und das Platzieren von Minen. Nach vier Monaten schwerer Operationen befreiten wir Rakka und versetzten der Daesh den entscheidenden Schlag auf der militärisch/strategischen und der symbolisch/ideologischen Ebene.

Der revolutionäre Kampfgeist der freien Menschen Rojavas vernichtete einen Feind, vor dem viele Menschen geflohen waren. Auch wenn die Bedrohung der Daesh und des Faschismus bleibt, ist doch das sogenannte Kalifat nicht mehr. Das ist ein historischer Sieg für Rojava und für alle Völker auf der ganzen Welt, die unter dem Joch des Faschismus in seinen verschiedenen Gewändern zu leiden haben und eröffnet einen neuen Zeitabschnitt in der Region. Rojava muss nun die gewonnenen Gebiete konsolidieren, weiterhin seine Verteidigung militärisch und ideologisch organisieren und sich auf die kommenden Herausforderungen vorbereiten.

Was bedeutet dieser Sieg für das IFB, seine Organisationen, sein revolutionäres Projekt? In welcher Beziehung stehen die militärische und die zivile Strategie des Aufbaus und der Stabilisierung des revolutionären Prozesses zueinander?



Celox aus Europa zur Unterstützung der YPG/YPJ und des IFB

Das IFB war in allen Offensiven in Richtung Rakka und im Kampf um die Stadt sehr involviert. Es ist wichtig, die Schlüsselrolle internationaler Freiwilliger am Erfolg der Stadtoffensive des IFB herauszustreichen, durch die wir unschätzbare militärische Erfahrungen sammeln und uns einen soliden Ruf innerhalb der QSD verdienen konnten. Das IFB bleibt ein wichtiges und geschätztes Projekt der Einigkeit für alle beteiligten revolutionären Organisationen und Individuen. Wie das Rojava-Projekt als Ganzes befindet sich das IFB in einer Übergangsphase, in der es kontinuierlich die sich ständig verändernde, politisch-militärische Lage analysiert und versucht, voraus zu planen. Auch wenn der Krieg gegen die Daesh in seiner jetzigen Form sich dem Ende nähert, wird das IFB ein hereketli tabur (Anm.: Tabur = Bataillon) bleiben. Aktuell zielen wir darauf ab, uns auf die Ausbildung und die Propaganda zu fokussieren und unsere Arbeit möglicherweise in zivile Bereiche auszudehnen. Die Revolution muss in den Gegenden, die eingenommen wurden, Wurzeln schlagen. Wenn die Leute vor Ort sich nicht in die revolutionären Strukturen einbringen und die Revolution für ihre materielle Situation keine Lösung darstellt, werden wir wahrscheinlich eher als BesatzerInnen denn als BefreierInnen gesehen und man wird uns mit Widerstand begegnen.

Was habt ihr aus den Erfahrungen gelernt? Im Sinne eines tekmil: Was war positiv und wird weiterentwickelt, was sollte zukünftig vermieden werden?

Wir lernten, wie wir unsere Erfahrungen festigen und in eine sich weiterentwickelnde militärische Doktrin übersetzen können, so dass wir auf dem sich rasant verändernden Schlachtfeld von Rakka erfolgreich mitzuhalten konnten. Das wird ein Vermächtnis des Bataillons bleiben. Wir machten einen effektiven Gebrauch unseres Operation-Tekmil-Systems, um unsere Ausbildungsprogramme auf dem neuesten Stand zu halten. Selbstkritisch betrachtet, hätte dieser Prozess bereits seit den frühesten Stufen des Feldzuges stattfinden sollen. Auch führte unser Fokus auf die unmittelbaren militärischen Aufgaben dazu, dass wir gewisse andere Aspekte des revolutionären Kampfes vernachlässigten, z.B. die Propagandaaarbeit.

Wie sieht die Zukunft des IFB aus? Was sind nach der Rakka-Operation die Strategien, und nächsten Schritte für all die militärischen Kräfte – YPG, YPJ, QSD, IFB?

Derzeit untersuchen wir die Möglichkeit, eine dauerhafte militärische Basis für die Unterbringung des IFB einzurichten. Unser Fokus liegt auf der Kommunikation mit potentiellen Freiwilligen und unterstützenden Organisationen und auf einer weiteren Strukturierung der Propagandaaarbeit. Wir überlegen, unsere Aktivitäten in den zivilen Schauplatz hinein auszuweiten und evaluieren mögliche Projekte dieser Art. Das QSD ist ein Militärbündnis, das zum Zweck der Verteidigung der Errungenschaften der demokratischen Revolution in Nordsyrien gegründet wurde. Als solches setzt es sich aus repräsentativen Gruppen der beteiligten Gemeinschaften zusammen, wie der YPG/YPJ, HXP, der Militärräte von Minbedsch, Rakka und Deir Ez-Zor, und ehemaliger FSA-Gruppen. Das QSD wird seine interne Umstrukturierung fortsetzen, die Deir-ez-Zor-Offensive beenden und Vorbereitungen treffen, um jedwede Angriffe der in der Region aktiven imperialistischen Kräfte zurückschlagen zu können.

Wie analysierst du die Lage in der Region. Es scheint, dass die Situation sehr viel komplizierter und komplexer geworden ist?

Die Situation ist instabil und wechselhaft. Die Zerstörung der Daesh als territoriale Einheit stellt ein Fokus für alle Akteur*innen der Region dar. Ist dieses Ziel erreicht, werden die verschiedenen Akteur*innen ihre jeweiligen Beziehungen neu bewerten und verhandeln. Dieses Aussicht macht es schwer, eine Analyse über die Zukunft der Region zu machen. Die Türkei hält den Norden der Landschaft von Aleppo besetzt, hat Idlib betreten und erhöht den Druck auf Efrîn. Die Haschd e-Schabi bedrohen Schengal und die Grenze zum Irak. Das Regime bleibt eine immer präasente Bedrohung und es ist unklar, was seine nächsten Schachzüge sein werden. Das geopolitische Ergebnis des Rojava-Projekts wird vom Fortschritt der Revolution in den anderen Teilen Kurdistans und von der Beendigung der Wirtschaftsblockade gegen Nordsyrien abhängen. Die grundlegenden Aufgaben der Revolution bleiben dieselben: Die revolutionären Prozesse zu verteidigen und zu vertiefen und die internationale Solidarität voranzubringen.

Vielen Dank für das Gespräch. Es ist sehr wichtig für unsere Militanz in Europa, ein klareres Verständnis für die Bedeutung dieser Kämpfe zu erhalten und uns darüber bewusst zu werden, was es heisst, Schulter an Schulter gemeinsam zu kämpfen.

Das internationale Freiheits-Bataillon (IFB)...

... ist eine militärische Einheit internationaler Kämpfer*innen, welche zusammen mit der Volksverteidigungseinheiten (YPG) für das Rojava-Projekt und gegen die Daesh, das heisst, den Islamischen Staat, kämpft. Die YPG wiederum ist die führende Organisation der Allianz arabischer und kurdischer Kampfverbände der Föderation von Rojava und Nordsyrien (QSD). Das IFB entstand 2015 und orientiert sich unter anderem an den Erfahrungen der internationalen Brigaden der kommunistischen Internationalen im spanischen Bürgerkrieg 1936. Es wird von verschiedenen revolutionären Organisationen getragen. Dazu gehören die „Einheit der Freiheits-Kämpfe“ (BÖG), eine neuere Allianz linker türkischer Gruppen; der bewaffnete Arm der türkischen kommunistischen Partei Marxist-Leninist (TKP/ML-T KKO); die marxistisch-leninistische kommunistische Partei (MLKP), welche in der Türkei und Nordkurdistan aktiv ist und die im Frühjahr 2017 gegründeten anarchistisch organisierten Kräfte der „International Revolutionary People's Guerrilla Forces“ (IRPGF). Die KommandantInnen werden jeweils im Rotationssystem von diesen vier Kernorganisationen gewählt. Sämtliche dieser kommunistischen, anarchistischen, antikapitalistischen oder antifaschistischen Organisationen und Einzelpersonen sind Teil des revolutionären Internationalismus, der in Rojava auch für die Weiterentwicklung der revolutionären Prozesse in Westeuropa wertvolle Erfahrungen machen kann.

Disziplinierung statt Sicherheit

KAMERAS Die Stadt im 21. Jahrhundert ist der zentrale Ballungsraum von Macht. Ein Mittel zur Kontrolle und Herrschaftssicherung dieses Raumes ist die zunehmende Videoüberwachung.

(agkkz) Im Jahr 2008 haben erstmals in der Geschichte der Menschheit mehr Menschen in Städten als auf dem Land gewohnt. Prognosen besagen, dass dieser Anteil weiter steigen wird – so geht die Uno davon aus, dass im Jahr 2050 zwei von drei Menschen weltweit in Städten leben werden.

In der Schweiz zeigt sich das Phänomen „Urbanisierung“ in anderen Dimensionen als im internationalen Vergleich. In Zürich, mit Abstand der grössten Stadt der Schweiz, leben gerade mal 415'000 EinwohnerInnen, knapp mehr als 4% der Bevölkerung von Tokyo. Dennoch ist unbestritten, dass Zürich sowohl für die Schweiz, wie auch international von Bedeutung ist. Wichtiger als die Grösse sind dafür andere Standortfaktoren, mit denen sich Zürich gegen nationale und internationale Konkurrenz durchzusetzen probiert. Der Finanzplatz ist ein Beispiel eines solchen Standortfaktors, der Zürich für gewisse Anspruchsgruppen attraktiv macht. Weitere Beispiele von Standortfaktoren sind Infrastruktur, aber auch Bildungsinstitutionen oder Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum. Auf diesen Faktor möchten wir hier genauer eingehen.

Selektive Sicherheit - aber für wen?

Städte sind keine konstanten Gebilde. Verschiedenste Faktoren tragen dazu bei, dass sich Stadtteile oder auch die Stadt als Ganzes ständig verändern. Einzelpersonen und Firmen können die Entwicklung eines Quartiers beeinflussen, Immobilien werden aufgekauft und renoviert, der Mietzins steigt. Dadurch zieht ein Quartier andere Personengruppen an als zuvor. Indem Einzelpersonen ihren Profit steigern, verändern sie also auch den Charakter eines Quartiers.

Auf einer strategischen Ebene nimmt auch die Politik wesentlichen Einfluss auf die Stadtentwicklung. Ein Faktor, den die Politik beeinflussen kann ist Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum - dies durch verschiedene Methoden. Polizei oder andere Repressionsorgane können einzelne Strassenzüge vermehrt patrouillieren, unerwünschte Personengruppen können häufiger kontrolliert und wegweisen werden. Dazu wurde 2006 extra ein Wegweisungsartikel im kantonalen Polizeigesetz von Zürich eingeführt.

Ein weiteres Mittel ist die Überwachung des öffentlichen Raums durch Kameras. Private LiegenschaftsbesitzerInnen oder der Staat können damit direkt in das Leben der Personen eingreifen, die sich in diesen Häusern oder in diesem Raum aufhalten. Die Gründe für Videoüberwachung sind sehr unterschiedlich, je nach Ort und Art der Kamera (siehe Kasten 1). Oftmals geschieht dissuasive Videoüberwachung mit dem Hinweis, so die Sicherheit der Personen zu gewährleisten, die sich dort aufhalten. Während dies in Einzelfällen wohl auch tatsächlich der Grund ist, warum ein Ort überwacht wird, geht



es in der Regel doch viel mehr um die Disziplinierung der Gesellschaft und den Schutz bürgerlicher Werte als um den Schutz der Gesundheit von Einzelpersonen. Warum sonst würden Gebiete überdurchschnittlich stark überwacht, welche von besonderer Bedeutung für Staat und Kapital sind? Weil solche als Sicherheitsmassnahmen bezeichnete Überwachung eben auch ein Standortfaktor ist. So nimmt die Anzahl Kameras in der Zürcher Innenstadt viel schneller zu als in den Aussenquartieren. Auffällig ist auch die Überwachung von Pausenplätzen. Offensichtlich geht es hier nicht um die Aufklärung von Znümbrot-Diebstählen. Kinder sollen auch in der Pause diszipliniert werden, die Kamera schaut zu, also besser „kei Seich“ machen in der Pause. Dagegen hilft am besten schon früh zu üben, welche Gegenmassnahmen getroffen werden können. Eine Möglichkeit hierfür wird im Kasten 2 vorgestellt.

Weitere Infos

Texte und Broschüren zur Stadtaufwertung gibt es unter www.aufbau.org oder im Aufbau-Vertrieb.

Überwachungsformen

Die dissuasive Videoüberwachung bezweckt die Verhinderung von Gefährdungen und Störungen der herrschenden Ordnung durch Abschreckung. Sie erfolgt in aller Regel permanent und nach aussen hin erkennbar. Für die dissuasive Überwachung werden üblicherweise Videotechnologien eingesetzt, welche die Bildsignale aufzeichnen und eine Identifikation von aufgenommenen Einzelpersonen ermöglichen.

Die observative Videoüberwachung bezweckt einerseits die Gewährleistung von Abläufen und Zuständen gegen technische Störungen (z.B. zur Steuerung von Verkehrs- und Personenströmen). Andererseits dient sie der allgemeinen Fahndung nach Fahrzeugen (z.B. automatische Erkennung von PKW Nummernschilder) und Menschen (in Berlin läuft der Versuch zur automatischen Gesichtserkennung). Zur observativen Überwachung gelangen in der Regel Videotechnologien zum Einsatz, welche die Bilder abgleichen und bei Bedarf automatisch Alarm auslösen.

Die invasive Videoüberwachung hat die gezielte Beschattung eines bestimmten inneren Feindes („Störer“) zum Ziel. Zur Erfüllung dieses Überwachungszwecks können bestimmte Orte (Hauseingänge etc.) überwacht werden. Die invasive Videoüberwachung erfolgt im Gegensatz zur dissuasiven Überwachung nicht permanent und offen, sondern vorübergehend und verdeckt.

Karten

Um der Überwachung Widerstand leisten zu können, müssen zuerst die Art und die Orte der Überwachung bekannt sein. Zu diesem Zweck gibt es verschiedene Möglichkeiten und Projekte. Exemplarisch wird hier das Projekt Surveillance under Surveillance (SuS) vorgestellt. Dieses ist unter folgendem Link zu finden: <https://kamba4.cru.uberspace.de/>, kurz erklärt: Auf Open Street Map (OSM) basierend, ist SuS ein zusätzlicher Filter mit den Kameras und deren Details. Kameratyp, Überwachungsradius etc. können also separat eingezeichnet werden. Die Einträge entstehen aber nicht automatisch, sondern können von jeder beliebigen Person auf OSM erstellt werden. Dem Vorteil, dass sich alle kollektiv an diesem Projekt beteiligen können, steht der Nachteil gegenüber, dass die Informationen für konkrete Anlässe geprüft werden sollten.

MERKE!

In Bern geht der Bullenchef Nause gleich selber als Blackblock getarnt auf die Strassen bei Demos.

In Zürich ist es Andreas Widmer vom Sicherheitsdienst, der immer wieder neue Gesichter mit bringt. Ob der Kollege als Bulle mit Migrationshintergrund getarnt sich unter die KurdInnen-Demo mischen sollte?



Andreas Widmer und zweiter Bulle.



Wer hätte ihn erkannt? Reto Nause in Bern.

«Geh nach Hause und stirb»

US-GESUNDHEITSWESEN Ein US-Gewerkschafter aus dem Gesundheitswesen erzählt über die beschwerlichen Verhältnisse, in denen seine Gewerkschaft durchaus beachtliche Erfolge erkämpft.

(az) Wieso wird Obamacare von den Konservativen so hart bekämpft?

Obamacare ist bei den KapitalistInnen so angefeindet, weil ein kleiner Teil des Defizits im Gesundheitswesen über Besteuerung der Reichen gedeckt wird. Das führt zum grossen Aufschrei. Ansonsten ist es harmlos.

Das Unternehmen muss allen, die Vollzeit arbeiten, eine Krankenkasse anbieten. Die Krankenkassen bleiben aber zu teuer. In Kalifornien, wo die Löhne eher hoch sind, verdient man vielleicht 1.200 \$ pro Woche, wenn man voll arbeitet. Die Krankenkasse kostet mehrere hundert \$ pro Monat. Wenn du beispielsweise alleinerziehende Mutter bist und deine Kinder mitversichern willst, kannst du dir das kaum leisten. Als amerikanische BürgerInnen haben wir das Recht, keine Krankenkasse abzuschliessen, in dem Fall werden wir aber dafür besteuert, d.h. am Ende bezahlen dennoch alle. Was Obamacare wirklich geleistet hat, ist dass es einen sicheren Markt für die Versicherer geschaffen hat. Nach dem Schweizer Modell im übrigen.

Leistungen sind minimal, dennoch ist das US-System das teuerste überhaupt, wie kommt das?

Die Rechnungen werden aufgeblasen und weitergereicht. Viele bezahlen ihre Rechnungen nicht, also versucht das Spital über diejenigen, die zahlen, alle Kosten zu decken. Das sind dann am ehesten die mit Versicherung. Wenn du beispielsweise den Arm brichst, dann kann dir eine Rechnung über 50.000 \$ ausgestellt werden.

Unsere Krankenkassenlobby würde Amok laufen. Sie drückt die Preise der Behandlung und wirkt damit sehr schädlich auf die Arbeitsbedingungen.

Sie bezahlen nicht immer, auch wenn du versichert bist. Den Druck auf die Arbeitsbedingungen kennen wir sehr gut, wie gesagt, sind die Spitäler unterfinanziert und das bedeutet Lohndruck und ein grosser Teil der Pflegearbeit muss unbezahlt geleistet werden, insbesondere bei Langzeitpflege. Das ist der amerikanische Stil - geh nach Hause und stirb!

Du bist Gewerkschafter für PflegerInnen in der Langzeitpflege.

Ich arbeite für die SEIU 15, sie ist 2015 aus mehreren kleineren Gewerkschaften in Kalifornien hervorgegangen. Die Basis wurde in den 70er Jahren gelegt und die Fusion war der Versuch, mächtiger zu werden. Nun haben wir etwa 360.000 Mitglieder. Ich wünschte, wir wären mehr, aber wir sind die grösste Organisation dieser Art. Und wir müssen sozusagen zufrieden sein, dass eine Gewerkschaft wie die unsere in den USA noch existiert. Wir organisieren von allen Gewerkschaften am meisten Frauen, am meisten Schwarze usw. Wir arbeiten also vergleichsweise gut, aber es sind natürlich lauter zweifelhafte Rekorde, die auch aussagen, dass die Gewerkschaften in den USA schwach sind.

Wer arbeitet in der Langzeitpflege?

Die allermeisten sind Frauen, sehr viele sind Immigrantinnen, fast alle nicht weiss. Die Langzeitpflege ist innerhalb des Gesundheitssektors wohl die am schlechtesten bezahlte Arbeit, das führt auch dazu, dass die meisten schon älter sind, Junge wollen diese Arbeit nicht machen. Die meisten PflegerInnen im Altersheim erhalten den Mindestlohn, was in Kalifornien 10 \$ pro Stunde bedeutet. Das ist zu wenig, um zu überleben, deshalb haben sie dann auch 2 oder 3 Jobs. Es ist normal, dass eine Pflegerin 20-40 Personen pro Schicht zu versorgen hat. So bekommen die alten Menschen nicht die qualitativ adäquate Pflege und die PflegerInnen nützen sich ab. Es sind sehr schreckliche Arbeitsbedingungen und dramatischerweise sind diese in anderen Staaten eher noch schlechter als in Kalifornien. Die USA kümmern sich weder um die Alten und deren Wohlbefinden noch um das Pflegepersonal.

Und worin besteht deine Arbeit?

Ich bin ein externer Organisator, ich organisiere sowohl PflegerInnen, die alte Menschen zu Hause versorgen, als auch solche in Altersheimen. Normalerweise haben sie keinerlei Erfahrung mit der Gewerkschaft, waren noch nie drin und haben irgendwelche Probleme mit dem Chef und suchen deshalb die Hilfe der Gewerkschaft.

Du besuchst also PflegerInnen an ihrem Arbeitsplatz und berätst sie.



In der Langzeitpflege arbeiten mehrheitlich nicht weisse, ältere Frauen. Doch gesetzt sind sie deshalb nicht.

Nein, das kann ich nicht tun. Ich treffe sie auf dem Parkplatz oder an der Tanke in der Nähe, irgendwo, wo es angenehm für sie ist. In den USA haben die meisten keine Ahnung, was die Gewerkschaft ist, dennoch wissen sie, dass sie Probleme bekommen, wenn sie mit mir zusammen gesehen werden. Die Angst vor Entlassung ist gross und leider auch berechtigt. Mir ist genau das passiert, ich wurde gefeuert und auf die schwarze Liste gesetzt, weil ich mich gewerkschaftlich organisiert hatte. Es gibt zum Glück noch einen gewissen Schutz gegen derartige Kündigungen, aber die Leute kennen auch ihre Rechte nicht genügend.

Kannst du einen exemplarischen Kampf erzählen?

Wir haben viele exemplarische Kämpfe geführt, insbesondere dann, wenn sich ein Altersheim organisieren möchte. In diesem Fall wird angemeldet, dass sich der Betrieb der Gewerkschaft anschliessen möchte und es kommt einige Wochen später zu einer Abstimmung. Wenn 51% des Personals für die Gewerkschaft stimmt, dann sind wir drin und werden Verhandlungspartner, können Tarifverträge aushandeln. Aber wir brauchen tatsächlich mehr als 51%, sonst wird das Unternehmen sofort versuchen, das wieder zu kippen und der Kampf geht ungebrochen weiter. Das ist sehr belastend für die AktivistInnen.

Und führen die Tarifverträge zu besseren Arbeitsbedingungen?

Gesamthaft betrachtet ja. Die heftigsten Kämpfe, also da, wo die Bosse uns aufs Blut bekämpfen, enden oft in sehr schlechten Verträgen. Dennoch bedeutet der Tarifvertrag immerhin, dass die Arbeitskraft nicht mehr grundlos entlassen werden kann. Das ist für jene, die gekämpft haben, sehr wichtig. Und ohne zynisch sein zu wollen: Aus diesen harten Kämpfen gehen oft die militantesten AktivistInnen hervor, so kann manchmal unabhängig vom konkreten Ausgang eine positive Bilanz gezogen werden.

Wie läuft ein solcher Kampf ab?

Meistens sehr erbittert. Die Unternehmen, die die Altersheime führen, schöpfen sehr viel Profit ab, denn sie kassieren von den Versicherungen, vom Staat und von den Angehörigen hohe Preise ab. Sie respektieren aber die minimalen Standards nicht. Deshalb wollen sie die Gewerkschaft doppelt nicht im Haus. Nicht nur organisieren wir die ArbeiterInnen, wir denunzieren auch noch den Betrieb für die schlechte Behandlung der Alten, das kommt sie dann jeweils teuer zu stehen. Also bekämpfen sie uns aufs Schärfste, dafür bezahlen sie auch «Unionbusters». Leute, deren einzige Aufgabe darin besteht, die Gewerkschaft in der Zeit vor der Abstimmung schlecht zu reden und Angst zu säen. Oft sind das PflegerInnen, die sich korrumpieren lassen. Wir sprechen hier von hohen Beträgen, im Schnitt 50.000 \$ für einige Wochen.

Der erste Schritt im Kampf ist zunächst immer, die Angst zu überwinden. Wir bemühen uns deshalb darum, in der Belegschaft einige aufzubauen, die mit ihren Kolleginnen über gewerkschaftliche Organisation zu sprechen beginnen, KollegInnen zu uns bringen. Dann müssen wir all die Spaltungen überwinden, die gegeben sind und von den Unternehmen instrumentalisiert werden, sei das Rasse, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus. Spaltung ist in den USA der Normalfall. Ein grosses Problem sind Immigrantinnen ohne Papiere. Nach zwei Jahrzehnten anti-Immigrationskampagnen sind sie sehr

eingeschüchtert und im Moment noch mehr als früher. Wir müssen in einem zweiten Schritt also aufs Herz abzielen und mit der Botschaft durchdringen, dass das ein gemeinsamer Kampf ist, dass wir auf der selben Seite stehen. Das sind zwei grosse Hürden, die wir überwinden müssen. Wenn das gut gelaufen ist, dann kommt es in der Folge zu einer Abstimmung und in dieser Phase werden die Unionbusters in Aktion treten.

Es ist beeindruckend, dass es euch trotzdem immer wieder gelingt, Betriebe zu organisieren. Wir möchten abschliessend noch die naheliegende Frage stellen: Wie wirkt sich die neue Regierung aus?

Es ist noch nichts passiert, aber die Gewerkschaften befürchten das Schlimmste. Wir erwarten alle, dass auf Gesetzebene ein Angriff auf uns zukommt, ein noch stärkerer antigewerkschaftlicher Kurs durchgesetzt werden könnte. Das Arbeitsrecht wird durch ein Board kontrolliert und an deren Spitze wollte Trump eine Multimillionär aus der Fast-Food-Industrie setzen, der gegen Mindestlöhne kämpft, Gewerkschaften verbieten möchte usw. Das ist ihm nicht gelungen, aber jene, die nun die Arbeit machen, sind natürlich auch vom äussersten rechten Rand.

Insbesondere Gewerkschaften, die Personal des öffentlichen Dienstes organisieren, spüren die wachsende Angst und sie werden tatsächlich die ersten sein, die Verschärfungen zu spüren bekommen werden, LehrerInnen und anderen Staatsangestellte.

Wie steht es um deinen Arbeitsbereich? Ist der privat oder öffentlich?

Die Altersheime sind privat, sie kassieren zwar auch öffentliche Gelder, entsprechend sind sie von Kürzungen mitbetroffen und dagegen, aber es sind Privatunternehmen. Hingegen die PflegerInnen, die ihre PatientInnen zu Hause besuchen, werden von den Gemeinden und Städten bezahlt, das sind noch minimale sozialstaatliche Leistungen und es gibt öffentliche Verträge in diesem Bereich. Diese PflegerInnen wären als erste bedroht.

Gibt es auch eine positive Entwicklung? Die Polarisierung kann ja auch zu einer Gegenbewegung führen.

Es sieht im Moment so aus, als ob die Bewegung für die Einheitskrankenkasse an Stärke gewinnen würde. Sie ist sehr breit unterstützt. Da in den USA fast jeder auf Rechnungen sitzt, die nicht bezahlbar sind oder aber viele Angehörige verloren haben, obwohl diese hätten behandelt werden können. Die Betroffenheit ist enorm gross und das macht das Gesundheitswesen brisant. Immer mehr Gewerkschaften steigen in diese Kampagne ein, teilweise auch nur, um wieder an Schwung zu gewinnen. Aber eine Massenbewegung ist tatsächlich vorstellbar.

Das leuchtet uns ein, doch ist es realistisch?

Es tönt utopisch, aber wirklich unrealistisch ist doch, davon auszugehen, dass dieser tiefe Widerspruch, nämlich dass die Mehrheit der Menschen keinen Zugang zum Gesundheitswesen hat, einfach weiterhin hingenommen werden wird. Viele sind wütend und auch traurig. Die Krise verschärft sich täglich und die Widersprüche werden explodieren. Ich kann nicht sagen, wie es kommt, aber ich bin sicher, dass es nicht bleibt, wie es ist.

«Die Stimmung ist von Angst geprägt»

ARBEITSKAMPF Im November haben wir uns mit einem Genossen der «Proletari Torinesi per il Soccorso Rosso Internazionale» unterhalten. Er erzählte uns vom Generalstreik des 10. November dieses Jahres und von den aktuellen Kämpfen in Italien. Dies vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen der 1970er Jahre.

(agafz) Am 10. November wurde von verschiedenen Kräften zu einem Generalstreik aufgerufen. Wer steht dahinter und in welchem Kontext muss man diesen verstehen?

Zu diesem Streik haben die Basisgewerkschaften USB und Cobas aufgerufen. Dazu muss man präzisieren, dass schon am 27. Oktober ein Generalstreik stattfand, für den anderen Basisgewerkschaften mobilisierten. Kurz gesagt, es lagen dieser Tatsache Streitigkeiten zwischen den Gewerkschaften zugrunde. Diese Streiks sind Teil des Kampfes gegen die Sozialpolitik der Regierung. In den 1990er Jahre fing die Welle an Gegenreformen an, um die von den Kämpfen der Vergangenheit erreichten Errungenschaften abzubauen. Seit der Krise intensiviert sich diese und die letzte grosse Etappe war das sogenannte «Jobs Act» von Renzi. Letzteres ist eine sehr rückschrittliche Arbeitsgesetzreform. Aktionen wie diese Streiks sind vereinzelte Initiativen, die sich nicht zu einer breiteren Bewegung ausdehnen konnten. Die Streitigkeiten zwischen den Gewerkschaften helfen nicht.

Vielleicht könntest du uns etwas zur Geschichte dieser Basisgewerkschaften sagen?

Ihre Geschichte geht zurück in die 1980er Jahre. In den 1960er und 1970er Jahren durchlebte die revolutionäre Bewegung in Italien eine historische Stärke. Sowohl in den Betrieben als auch in anderen Bereichen war die soziale Bewegung enorm schlagkräftig. Die grossen Gewerkschaften, wie die CGIL zum Beispiel, rannten fortschrittlichen und kämpferischen Belegschaften hinterher. Sie wurden gezwungen mitzumachen, denn der Druck von unten war gross. Gleichzeitig war ihre Rolle auch, die Massen wieder unter Kontrolle zu bringen. Als in den 1980er Jahren dieser Aufschwung nachgab, «normalisierten» sich die Gewerkschaften. Die Basisgewerkschaften wurden als Alternative dazu gegründet und viele revolutionäre AktivistInnen der 1970er Jahre haben sich seither bei diesen organisiert.

Du arbeitest seit 30 Jahre bei der FIAT, heute FCA. Welche Entwicklungen haben in dieser Zeit die Basis geschwächt?

Natürlich musste sich auch die FIAT den sich entwickelnden Normen der Wettbewerbsfähigkeit anpassen, es gab zahlreiche Restrukturierungen. Eine der bedeutendsten davon war 1980, als die FIAT 15'000 Kündigungen und 24'000 Aussetzungen ankündigte, die ArbeiterInnen wehrten sich vehement und der Betrieb wurde einen Monat lang lahmgelegt. Dagegen demonstrierten Tausende vom mittleren Kader, was die FIAT gegenüber den Gewerkschaften in den Verhandlungen stärkte. Schlussendlich haben die Gewerkschaften die ArbeiterInnen verraten, und die Kürzungen wurden durchgeführt. Die FIAT war ein wichtiger Pol für die



Herbst 1980: Arbeiter besetzen das FIAT-Werk Mirafiori in Turin

ArbeiterInnenbewegung, im Positiven wie im negativen Sinne. Diese Niederlage war in diesem Sinne entscheidend und schwächte die Kämpfe nachhaltig.

Du hast die Restrukturierungen angesprochen. Diese sind Massnahmen ökonomischer Natur. Gab es auch politische Massnahmen gegen besonders aktive Elemente der Belegschaft?

Natürlich, Anfang 1979 wurden bei der FIAT 61 Angestellte entlassen, die unter Verdacht standen, den Organisationen des bewaffneten Kampfes nahe zu stehen. Später wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, um die störenden Elemente zu neutralisieren. Ich zum Beispiel arbeite nun in einer so-geannten «Grenzabteilung», das sind kleine Produktionsstätten, die räumlich vom Rest der Firma isoliert sind. Die kämpferischen Teile der Belegschaft werden hierhin verschoben, damit sie nicht agitieren können. Ich fiel aufgrund meiner radikalen Positionen auf und wurde entfernt.

Die 1970er Jahre und die historische Stärke der Bewegung sind weit entfernt. Wie ist die Stimmung heutzutage?

Die Stimmung ist von Angst geprägt. Die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen hat es mit sich gebracht, dass die Arbeitgeber mehr Mittel haben um Druck auf die Arbeitskräfte auszuüben. Einschüchterungen sind in vielen Betrieben an der Tagesordnung und haben gravierende Konsequenzen auf die Möglichkeiten des aktiven Kampfes. Ein klassisches Beispiel ist die Drohung einer Versetzung, das geht einfacher als zu entlas-

sen. Aber was soll man machen, wenn man dich von Milano nach Kalabrien schickt? Dazu kommen noch ganz viele Beispiele: Etwa Sicherheitskräfte, die in Fabriken bewaffnet und demonstrativ patrouillieren, oder wie bei der IVECO, wo ein Privatdetektiv angestellt wurde, um über das Privatleben eines Gewerkschaftsaktivisten zu ermitteln, worauf dieser entlassen wurde.

Sündenbock-Politik und rassistische Hetze sind auch verbreitet, vor allem im Norden. Wie in vielen Ländern Europas versucht man den Leuten zu erklären, dass die MigrantInnen für die Verschlechterungen der Lebensbedingungen verantwortlich sind.

Unsere Seite scheint schwach zu sein. Wie macht man Politik von unten in dieser Situation?

Wir versuchen, die bewussteren Teile der ArbeiterInnen zu aktivieren. Die Basisgewerkschaften sind sehr stark in der Logistik. Zurzeit arbeiten wir mit vier Personen, die für gewerkschaftliche Aktivitäten entlassen wurden. Dieselbe Firma drohte dreissig Leuten mit der Entlassung, denn es gab anlässlich eines Streiks eine Auseinandersetzung mit der Polizei vor der Fabrik, und es folgten auch rechtliche Massnahmen. Die Firmenleitung kann diese Situation gut ausnutzen, um die Betroffenen unter Druck zu setzen. Allgemein kann man sagen, dass diese Branche eine offensichtliche strategische Wichtigkeit hat und momentan von einer positiven Kampfdynamik profitiert. Wir bleiben dran.

In Frankreich herrscht ein Wolf ohne Schafspelz

CODE DE TRAVAIL In Frankreich wurde der Ausnahmezustand theoretisch abgeschafft, doch es ändert sich wenig. Präsident Macron «reformiert» den Arbeitsmarkt nach seinen neoliberalen Idealvorstellungen - per Verordnung! Das Parlament hat eingewilligt, nur noch ja oder nein stimmen zu können, womit es sich selber überflüssig gemacht hat.

(az) In Frankreich hat der Abnutzungskampf einen Höhepunkt erreicht. 2016 war eine militante Bewegung gegen die Arbeitsmarktreform von Hollande aktiv. Diese wurde insbesondere von Jungen angestossen, doch die Gewerkschaften schlossen sich schliesslich an. Die Bewegung war beeindruckend und ausdauernd, doch ist sie am Ausnahmezustand gescheitert. In diesem Herbst nun die Kämpfe gegen die Arbeitsmarktreform von Macron. Während der Sozialdemokrat Hollande noch als Wolf im Schafspelz bezeichnet werden konnte, tritt Macron stolz ohne auf: Er verfügt lächelnd und selbstbewusst das Diktat des Kapitals. Für 2018 kündigt er an, Lohnne-

benkosten senken zu wollen und die Sozialwerke zu dezimieren.

La loi, c'est moi

Der Sonnenkönig konnte von sich behaupten, der Staat zu sein. Emmanuel Macron kann mit Fug und Recht von sich sagen, das Gesetz zu sein – er verordnet. Darin zeigt sich plastisch, welch instrumentelles Verhältnis der Kapitalismus gegenüber dem bürgerlichen Staat hat, gegenüber seinen Freiheiten und Verpflichtungen. Nice to have, wenn's gerade passt. Und das stellt ein riesiges Problem dar: Widerstand scheint zwecklos! Für die kampferprobte ArbeiterInnenbewegung Frankreichs sind Niederlagen keine Seltenheit, das gehört dazu. Doch dass die Regierung sie einfach schnodrig übergehen kann, den Protest einfach nicht beachtet, ist eine Dimension, die ihr zugesetzt hat. Und das ist jetzt spürbar. Nicht, weil es der Gewerkschaft an Argumenten mangeln würde, diesbezüglich hatte sie leichtes Spiel. Die Mehrheit der Bevölkerung ist ohnehin gegen die Reformen. Aber sehr erschwerend ist, dass die Regierung überdeutlich klar gemacht hat, dass sie den Widerstand ignorieren wird. Und für einen Kampf mit sehr geringen Erfolgsaussichten lässt sich die Basis verständlicherweise ungern mobilisieren.

Mit Klassenspaltung zur Reform

Dass die Gewerkschaften den erneuten Angriff trotzdem nicht einfach hinnahmen, ist bemerkenswert und zeigt das Selbstbewusstsein des militanten Teils der französischen ArbeiterInnenklasse. CGT und die Union syndicale Solidaires (Sud) haben (ohne CFDT und FO) im September militante Grossmobilisierungen hinbekommen so dass es nicht mehr möglich war, sie nicht zu beachten. Leider fällt das Resultat trotzdem äusserst zwiespältig aus, denn die Regierung hat mit den Avantgarden des Arbeitskampfes Sonderverträge abgeschlossen und damit ist es ihr gelungen, die Einheit des Kampfes zu durchbrechen. So sind die Mobilisierungen im November für französische Verhältnisse auch äusserst bescheiden ausgefallen. Camionneure und Docker, die Frankreich im September lahm gelegt hatten, werden aufgrund ihrer Sonderverträge von den neuen Gesetzen ausgeschlossen. Das heisst, die Regierung hat die militantesten Gegner befriedet. Für alle anderen wird die Reform aber gelten. Es bleibt zu hoffen, dass die französische ArbeiterInnenklasse angesichts der Heftigkeit des Angriffs den Schockzustand überwindet – zuzutrauen ist es ihr.

«Nach Paris, mich juckt die Säbelspitze»

KRIEGSBEGINN Der Erste Weltkrieg begann aus einer politisch stark gespannten Situation in Europa und der Welt. Schon zu Beginn zeigte sich das Gewicht der Propaganda.

(agj) Wir befinden uns mitten in Europa, im August 1914, also schon mehr als 100 Jahre her. Ende Juni wurde der Thronfolger von Österreich-Ungarn erschossen, knapp einen Monat später erklärt Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Dann überschlugen sich die Ereignisse und nach wenigen Tagen befindet sich ganz Europa im Krieg. Dies und die folgenden Ereignisse kennen wir aus Geschichtsbüchern und -unterricht. Auch vom «Augusterlebnis» wird in den offiziellen Lehrmitteln geschrieben, so steht im Geschichtsbuch der Sekundarschule des Kantons Zürichs: «Der Ausbruch des Krieges löste zunächst unter der Bevölkerung in den betroffenen Ländern Begeisterung aus. Man glaubte auf beiden Seiten, im Recht zu sein. Man rechnete fest mit einem raschen Sieg; länger als bis Weihnachten würde der Krieg kaum dauern.»

Zum Text gibt es Bilder sowohl von französischen, wie auch von deutschen Soldaten, die jubelnd in einem Zugwagen sitzen, der sie an die Kriegsschauplätze bringt. Mit Kreide haben sie Sprüche auf den Zug geschrieben. Zum Beispiel: «Ausflug nach Paris; Auf Wiedersehen auf dem Boulevard». Nicht nur die Soldaten scheinen sich gefreut zu haben, auch die Menschen in den Städten und den Dörfern jubeln in dieser Darstellung den abmarschierenden Truppen zu. Wenn wir den offiziellen Geschichtsbüchern Glauben schenken, befand sich ganz Deutschland im August 1914, zu Kriegsbeginn, in einem riesigen Freudentaumel.

Wenn man sich jedoch ein wenig mit der Geschichte der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung auseinandergesetzt hat, wirken diese Ausführungen zur Kriegsbegeisterung absurd. Aber dass sie in der offiziellen Geschichtsschreibung immer noch so stehen, ist auch nicht überraschend. Trotzdem hat sich die historische Rezeption des Kriegsbeginns in den letzten Jahrzehnten gewandelt. In der Geschichtswissenschaft hat sich die Tendenz durchgesetzt, nach der das «Augusterlebnis» eine kulturelle propagandistische Inszenierung sei. Man muss sich also die Frage stellen, wieso das Bild des «Augusterlebnisses» so lange weitergegeben wurde. Dafür gibt es natürlich verschiedene Gründe.

Kriegspropaganda

Der erste Grund ist recht offensichtlich. Die Befehlshaber, Kriegsführer und Politiker mussten das Volk überzeugen, in den Krieg zu ziehen. Dafür wurde gesorgt, indem massenhaft Kriegspropaganda produziert und vertrieben wurde. Es gab unzählige Postkarten, Reden, und Veranstaltungen, die nur dem Zweck dienten, den Krieg in aller Munde zu führen und als unausweichlich darzustellen. Kriegspropaganda wurde auch in den Schulen in Form von Gedichten und Geschichten verbreitet. Jeder Mensch, der zu dieser Zeit gelebt hat, wird wohl oder übel mit Kriegspropaganda in Berührung gekommen sein. Auch die jubelnden Mengen wurden propagandistisch ausgeschlachtet. Egal ob es viele oder wenige waren, die sich dem Jubel anschlossen. Es wurde viel investiert, um sie mit den damals noch seltenen und sehr modernen Medien wie Film und Fotografie zu erfassen und das Material dann zu vertreiben. Diese Kriegspropaganda der Kriegsbegeisterung ist nach dem Krieg unkritisch in Form von historischen Fakten in die Geschichtsbücher eingegangen.

Die Geschichtswissenschaften brauchen historische Quellen für die Forschung. Nur mit was im Laufe der Zeit erhalten bleibt, kann erforscht werden. Dieser Aspekt führt zu den anderen beiden Gründen, die uns vor Augen führen können, wieso das «Augusterlebnis» sich so lange im Geschichtsbewusstsein halten konnte. Viele Quellen zum Ersten Weltkrieg stammen entweder aus offizieller Quelle, seien das Aussagen von Politikern seien es Zeitungen – es sind Stimmen aus dem Bürgertum. Geschichte schreibt, wer die Macht hat. Und auch die Aussagen der SPD-Politiker - der Opposition - müssen wir im Licht der Burgfriedenspolitik sehen, mit der sie auch gewisse Anerkennung bei den Bürgerlichen fand.

Klassenwiderspruch

Die Geschichtsschreibung hat natürlich längst gelernt, dass derartige Schriften kritisch zu beurteilen sind und sucht auch nach alternativen Quellen. Briefe, Tagebucheinträge, Postkarten, aber auch literarische Texte wie Gedichte können wertvolle Einsichten geben. Aber auch bei diesen Quellen lassen sich fast ausschließlich Texte von Vertretern aus intellektuellen Kreisen aus dem Bürgertum oder von Adeligen finden. Es handelt sich dabei also ebenfalls um eine bürgerliche Sicht auf



Kriegsbegeisterung: Deutsche Truppen werden in Zügen an die Front gebracht. 1914

den Kriegsbeginn, mit der das «Augusterlebnis» transportiert wird. Wenn man nur die Stimmen aus dem Bürgertum beachtet, wird man dem Klassenwiderspruch natürlich nicht gerecht.

Die Mehrheit, das Proletariat, kommt in den Geschichtsbüchern hingegen praktisch nicht zu Wort. Einige wenige Quellen gäbe es da schon, auch wenn sie nicht gross beachtet wurden. Eine stammt zum Beispiel vom damals 17 Jahre alten Wilhelm Eildermann, einem überzeugten Sozialdemokraten, der den Krieg ablehnte. Bei der Mobilisierung kann er alles andere als eine Kriegsbegeisterung im Proletariat ausmachen: «Alle haben das Gefühl: Es geht direkt zur Schlachtbank.» Die vorherrschenden Stimmungen unter sozialdemokratischen Arbeitern beschreibt er als niedergeschlagen, verzweifelt und resigniert.

Burgfriedenspolitik

Nun gilt es noch die Aussagen der SPD-Politiker unter dem Aspekt der Burgfriedenspolitik zu betrachten. Die sozialdemokratischen Parteien, die damals politisch noch viel breiter waren als die heutigen Sozialdemokraten und in der sich auch radikale Sozialisten und Kommunisten organisierten, haben schon 1907 in der



Kriegsablehnung: Friedensdemonstration in Berlin. 1914

II. Sozialistischen Internationalen über die Gefahren eines gesamteuropäischen Krieges und Gegenmassnahmen gegen den Krieg diskutiert. In Basel fand 1912 der Internationale Sozialistenkongress statt, in dem die Vertreter für den Fall eines Kriegsausbruchs festhielten, es sei Pflicht, für die rasche Beendigung des Krieges einzutreten und die Krise auszunützen, um das Volk aufzurütteln. Im August 1914 schienen diese Losungen vergessen. Die Sozialdemokraten unterstützten die nationale Bourgeoisie und bewilligten in Deutschland die Kriegskredite im Parlament unter tosendem Applaus des Kaisers und der anderen Parteien.

Spaltung der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie musste sich danach für die Entscheidung ihrer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 und der daraus folgenden Burgfriedenspolitik rechtfertigen, da die Basis der SozialdemokratInnen dem Krieg kritisch gegenüberstand. Aber die Führung brachte den Vorwand auf, dass sie versucht habe den Krieg zu

verhindern, er aber nun nicht mehr zu verhindern gewesen sei und sie das Vaterland nicht im Stich lassen wolle. Einige Stunden vorher hatte der Kaiser Wilhelm II. seinen bekannten Satz «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche» verlautbaren lassen. Diese Aussage kann als Friedens- oder Integrationsangebot an die Adresse der SozialdemokratInnen interpretiert werden. Er versprach ihnen Teilhabe, zum Preis natürlich, dass sie den Kriegskrediten zustimmen würden. Dieser Tag ging als Spaltung der Sozialdemokratie in die Geschichte ein. Im Dezember 1914 wird Karl Liebknecht weiteren Kriegskrediten nicht zustimmen: «Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarkts, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.» Immer mehr SPD-Politiker spalten sich ab, was zur Entstehung der USPD führt, später bildet sich der Spartakusbund und 1920 die Kommunistische Partei Deutschlands. Diese Umstände bereiteten auch den Weg für die Revolutionen in Deutschland in den Jahren 1918 und 1919, nach denen einzelne Städte und Regionen in Form von Arbeiterräten organisiert wurden. Der Verrat der SPD von 1914 bleibt bis heute ein Mahnmal. Die SPD gewichtete ihre politische Beteiligung als wichtiger als die tatsächlich betriebene Politik und war korrupter geworden - sogar billig zu haben! Dies ist eine Gefahr, die dem Parlamentarismus und dem Reformismus immer inne liegt, nicht immer sind die Auswirkungen derart dramatisch wie 1914.

Die Oktoberrevolution wirkt zurück

Ein weiterer Grund, warum sich die Kriegspropaganda auch nach dem Krieg so lange in der Geschichtsschreibung halten konnte, ist einfacher Antikommunismus. Nach der Oktoberrevolution und der Gründung der Sowjetunion herrschte Angst im Bürgertum, im Kalten Krieg wurde die ideologische Verhärtung noch strenger. Das Klima war dann stark von Propaganda geprägt und man konnte sich nicht erlauben einzugestehen, dass die Arbeiterklasse in Deutschland den Krieg 1914 eigentlich nicht wollte. Mit der Theorie des «Augusterlebnisses» sollte die Bevölkerung weiterhin vom nationalen und chauvinistischen Taumel der deutschen Bevölkerung überzeugt werden. Und es sollte weiterhin vom historischen Verrat der SPD-Führung an der ArbeiterInnenbewegung abgelenkt werden.

Krieg dem Krieg

Fest steht, dass in der letzten Juliwoche Antikriegsbewegungen mit einer breiten Massenbeteiligung entstanden. Der Krieg wurde im Proletariat intensiv abgelehnt und es herrschte eine hohe Bereitschaft für Protestaktionen vor. Nach den grossen Antikriegsdemonstrationen mit hunderttausenden von Menschen gab es auch oft noch Auseinandersetzungen mit der Polizei. Fälschlicherweise versprach die SPD-Spitze am 29. Juli, dass von sozialdemokratischer Seite kein Widerstand käme. Schon am 5. August schreibt Clara Zetkin: «Die Wucht, mit der die proletarischen Massen sich der Weltkriegs-furie entgegenstellen, wird eine gewonnene Schlacht in ihrem Befreiungskampfe sein. Die revolutionäre Energie und Leidenschaft ihres Auftretens wird sie Verfolgungen preisgeben, wird ihnen Gefahren bringen und Opfer auferlegen. Was tut es? Es gibt Augenblicke im Leben des einzelnen und der Völker, wo man nur alles gewinnt, wenn man alles einsetzt. Ein solcher Augenblick ist da. Proletarische Frauen, seid bereit!»



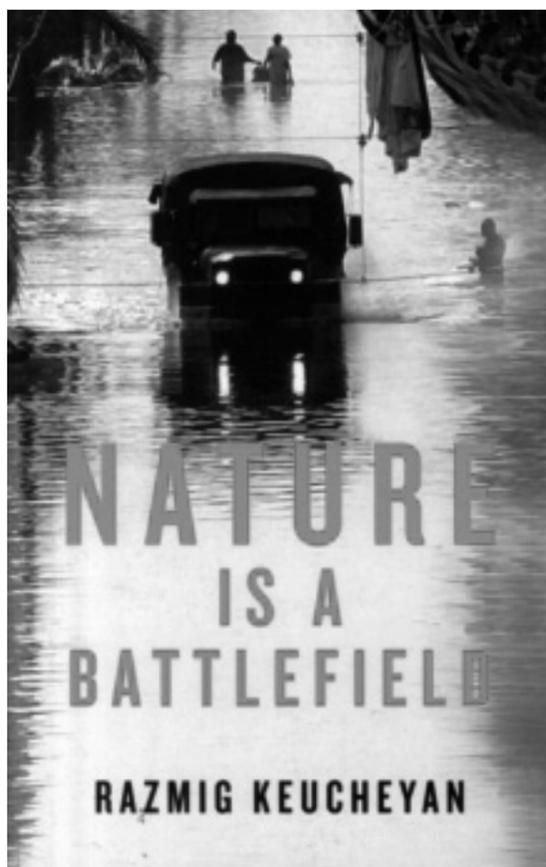
Mark Fisher: Das Seltsame und das Gespenstische

«Das Seltsame und das Gespenstische» ist nach «Gespenster meines Lebens» (2015) und «Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?» (2013) das dritte Werk Mark Fishers, das auf Deutsch erschienen ist. Es wird zugleich sein letztes bleiben. Der britische Kulturtheoretiker nahm sich nach langer Depression vor einem Jahr das Leben. Dabei lohnen sich alle drei Werke. Wem Fisher in «Das Seltsame und das Gespenstische» also zu kulturtheoretisch oder akademisch argumentiert, dem sei dessen bekanntestes Werk «Kapitalistischer Realismus» ans Herz gelegt. Es enthält als ideologiekritische Bestandsaufnahme noch immer einige der wertvollsten Analysen der vergangenen Jahre. Wer allerdings auf Joy Division, David Lynch oder H.G. Wells steht, und sich immer schon die Frage stellte, wie sich deren Werke analysieren und einordnen lassen, der muss zu Fishers letztem Werk greifen.

Das Seltsame und das Gespenstische besitzen für Fisher einen gemeinsamen Reiz. Sie enthalten eine Faszination für das «Aussen, für das, was jenseits der üblichen Wahrnehmung, Erkenntnis oder Erfahrung liegt.» Diese Faszination findet Fisher in Buch-, Film- und Musikgenres wie dem Horror oder Science-Fiction. Es ist dies allerdings nicht einfach eine individuelle Vorliebe, die Fisher jahrelang prägte. Er erblickt in diesen Genres zugleich eine ungeahnte kulturdiagnostische Kraft, die er seinen LeserInnen zu vermitteln versucht.

Dem Seltsamen, dem Gefühl, dass «etwas nicht stimmt», widmet Fisher den ersten Teil des Buches. Mit Fragen des Gespenstischen, das Gefühl, dass «etwas ist, wo nichts sein sollte» oder dass «nichts ist, wo etwas sein sollte» befasst sich Fisher im zweiten Teil. Beide Verfahren erlauben eine analytische Präzession, lassen sie uns «das Innen durch die Perspektive des Aussen sehen». Dadurch erhalten gespenstische und seltsame Werke eine ungeahnt subversive Kraft: Das Seltsame, weil darin wie zum Beispiel in einer Montage Verbindung von nicht zusammengehörigen Dingen kombiniert werden, was einen Blick ins Unbewusste erlaubt. Das Gespenstische, weil es Fragen aufwirft, die wir uns auch anderswo zu stellen haben. Wo wir Gespenster sehen oder Gespenstisches erleben, steht automatisch die Frage nach der Wirkungskraft im Raum. Wie kommt es beispielsweise zu dieser verlassenen Ruine oder wer hat diesen gespenstischen Schrei ausgestossen? Diese Fragen gleichen unseren Erfahrungen im Kapitalismus. «Das Kapital ist auf allen Ebenen ein gespenstisches Ding: Aus dem Nichts hervorgezaubert, übt das Kapital dennoch mehr Einfluss aus als jedes andere vermeintlich substantielle Wesen.» Solche einleuchtenden Vergleiche machen Fishers letztes Werk zu einer lesenswerten Angelegenheit, auch dann, wenn man keine Literatur- oder Kulturwissenschaft studiert hat.

Mark Fisher: Das Seltsame und das Gespenstische. Berlin 2017. Edition Tiamat.



Razmig Keucheyan: Nature is a Battlefield

Vor einem Jahr erschien die englische Übersetzung des 2014 auf Französisch publizierten Essaybands des Genfer Soziologen Razmig Keucheyan über eine neue Politische Ökologie. Sprungartig, nicht immer ausführlich aber essayistisch doch äusserst einleuchtend behandelt Keucheyan in drei Kapiteln Fragen zum ökologischen Zustand unserer Welt.

Im ersten Kapitel nähert sich Keucheyan ökologischen Fragen mittels eines intersektionalen Ansatzes, der auf mehrere Praxisbeispiele aus den USA zurückgreift. Als «ökologischen Rassismus» denunziert Keucheyan den Sachverhalt, dass das Proletariat viel stärker mit der Umweltkrise zu kämpfen hat als reiche Bevölkerungsschichten, die sich Erholung leisten können und in deren Nachbarschaften keine Müllhalden gebaut werden. Rassistisch ist dies, weil diese Ungleichheit mit einer ethnischen Gruppenzugehörigkeit korreliert. Diejenigen, die beispielsweise am meisten unter Hurrikan Katrina zu leiden hatten, weil sie erst unzureichenden Schutz erhielten und danach auch noch vertrieben wurden, war die schwarze ArbeiterInnenklasse.

Das zweite Kapitel handelt von gegenwärtigen Lösungsansätzen, die eigentlich keine sind. Darin liegt zugleich Keucheyans Hauptthese: Der Kapitalismus ist nicht nur fähig sich der Umweltkrise anzupassen, er profitiert gar von ihr. Keucheyan macht dies vor allem an der Kommodifizierung der Umwelt auf dem Finanzmarkt fest. Vom Handel mit Emissionspapieren bis zu Katastrophenbonds gibt es dort mittlerweile zahlreiche Angebote, welche die Klimakrise mildern sollen. Doch die neoliberale Strategie zielt nicht auf eine Lösung der ökologischen Probleme, sondern versucht vielmehr aus dem Umweltrisiko Profit zu schlagen.

Das dritte Kapitel untersucht unter dem Titel «Militarisierung der Ökologie» die Frage, wie die Umweltkrise zukünftige Kriege und militärstrategische Überlegungen prägt. Leider kratzt dieser dritte Teil meist nur an der Oberfläche und richtet sich vor allem gegen jene Linke, die sich militärstrategischen Theorien und Überlegungen verweigern. Dies mag korrekt sein, Keucheyan geht damit allerdings im Vergleich zu den ersten beiden Kapiteln weniger tief auf die Umweltkrise ein und streift deren Folgen nur anhand allseits bekannter Phänomene wie beispielsweise der Klimamigration oder dem Kampf um die Arktis. Aufgrund der ersten beiden Teile lohnt sich die Lektüre des weniger als 200-seitigen Essaybandes aber allemal.

Razmig Keucheyan: Nature is a Battlefield. Cambridge 2016. Polity Press.



Jean-Paul Krassinsky Affendämmerung

Die Referenz auf Wagners «Götterdämmerung» verheisst nichts Gutes und so ist es auch gemeint. Die Geschichte ist schnell erzählt: In den japanischen Bergen lebt eine Gruppe Makaken, sie bilden eine isolierte Gesellschaft, die autoritär von Taro, dem Alpha-Affen, beherrscht wird. Eines Tages fällt ein fliegendes Objekt vom Himmel, darin befindet sich ein benommener Rhesusaffe in Raumanzug. Wir LeserInnen wissen, zivilisationserprobt wie wir sind, dass es sich dabei um ein Experiment der NASA handelt, die Makaken allerdings lassen sich durch diesen Gesandten des Himmels blenden und werden schnell in einen improvisierten Kult um «Diou» verwickelt. Der neue Kult wird das Zusammenleben verändern, manchmal zum besseren, manchmal zum schlechteren, was aber am Ende sicher bleibt, ist der Verlust einer materialistischen Weltanschauung.

Die Anspielung ist nicht gerade subtil, unterscheidet sich das Wort «Diou» doch nur in einem Buchstaben vom französischen Wort für Gott. Und so verhält es sich mit dem ganzen Buch: Die bissige Gesellschaftskritik wird erfrischend geradeaus erzählt, es wird eine Gesellschaft gezeichnet, in der man ohne Umschweife zum Thema kommt. Die Klarheit ist einer der Reize dieses Comics. Auf die Frage hin, ob nun seiner Meinung nach Diou existiere oder nicht, antwortet der Autor Krassinsky lachend: «Sicher, schliesslich habe ich ihn ja selbst erfunden.» Der Schalk ist wohltuend, doch sein Anliegen ist durchaus ernsthaft. Er habe diesen Comic aus Ärger verfasst, sagt er. Seine Gereiztheit komme daher, dass der Glaube an sich unhinterfragt als «gut» gelte. Die Diskussion drehe sich nur um die Ausformung des Glaubens, die Frage, ob Gott überhaupt existiere, werde dabei viel zu selten gestellt. Natürlich sei jedeR frei zu glauben, sei das an die Existenz des Monsters von Loch Ness oder an jene Gottes. Aber wer denke, das sei eine rein persönliche Entscheidung, irre! Religion wirke auf die Gesellschaft. Krassinsky hofft deshalb, mit diesem Comic Gläubigen aufzuzeigen, dass sie Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung tragen. Wir denken nicht, dass ihm das gelingen kann, obwohl der Vorsatz verdankenswert ist. Doch für all jene, die den Ärger Krassinkys ohnehin schon teilen, ist diese aufwendig durchgezeichnete Erzählung in Bildern nicht nur ein Augenschmaus, sondern auch eine willkommene Abwechslung, in der Religion unterhaltsam als Lug und Trug zwecks Herrschaftssicherung dargestellt wird.

Jean-Paul Krassinsky: Affendämmerung. Hamburg 2017. Schreiber und Leser.

Sozialistische Kinderträume

KINDERBÜCHER Ein besonderes Laboratorium der neuen Gesellschaft nach der Oktoberrevolution stellten Kinderbücher dar. Zahlreiche KünstlerInnen unterschiedlicher Stossrichtungen machten diese in den ersten 15 Jahren zu einem ästhetischen Erlebnis unbekanntes Ausmasses, auf das heute selbst liberale KommentatorInnen staunend zurückblicken.

(az) Eine neue Gesellschaft braucht einen anderen Menschen. Doch wie erzieht man sozialistische Kinder, wenn die Lehrer noch in der alten Gesellschaft sozialisiert wurden und in weiten Teilen des Landes der Krieg gegen die Konterrevolution tobt? Der sowjetische Kinderbuchautor L. Kormchii meinte, gut ein Jahr nach der Oktoberrevolution, in einem Artikel der Prawda unter dem Titel «Die vergessene Waffe», dass Kinderbücher eine zentrale Rolle spielen müssten. So habe man zwar richtigerweise mit Kanonen und Gewehren gegen die Bourgeoisie gekämpft, dabei aber die Macht «des schriftlichen Wortes» vergessen. Man müsse hierfür nur einmal auf die Waffen des Gegners blicken. In Kampf der Bourgeoisie gegen den Sozialismus spielten Kinderbücher beispielsweise «eine wichtige Rolle». «Auch diese Waffe müssen wir aus den Händen des Feindes nehmen», schlussfolgert Kormchii daraus.

Erste Versuche nach 1918

Diese Worte fanden Widerhall – nicht zuletzt, weil es in der russischen Kultur schon zuvor verbreitet war, dass angesehene KünstlerInnen Kinderbücher gestalteten oder schrieben. Die der russischen Avantgarde nahestehende Malerin und Buchillustratorin Wera Jermolajewa gründete bereits 1918 das Künstlerkollektiv «Segodnja» (übersetzt: «heute»), das sich explizit auch Kinderbüchern widmete. Das Kollektiv publizierte vor allem kleine, meist einseitige Bildgeschichten in der Tradition der russischen «Lubok». Dies sind Illustrationen, wie sie in Russland im 17. und 18. Jahrhundert als Verzierungen populär waren. Ein Beispiel solcher, von Segodnja mit einfachsten Mitteln publizierten Werke, ist Nikolai Lapshin Illustration eines Märchens über einen sowjetischen Jungen, der eine Hexe besiegt.

Ein anderer, früher Produzent sowjetischer Kinderbücher war die jiddische «Kultur Liga». Das zuvor herrschende Verbot zur Publikation jiddischer Werke wurde in der Sowjetunion rasch aufgehoben, was 1918 zu einer intensiven Förderung jiddischer Kultur führte. Einer der wohl bekanntesten Figuren der Avantgarde, El Lissitzky, veröffentlichte 1919 in diesem Rahmen eine illustrierte Version des «Chad gadja». Dieses alte Lied wurde in der Regel am Passahfestes gesungen. Lissitzky verknüpfte dessen weit zurückreichende Tradition mit der gesellschaftlichen Aktualität, indem er seine Illustrationen mit geometrisch wirkenden Farbflächen und abstrakt werdender Figuren ausstattete, allerdings durchaus behutsam und nicht in der Radikalität seiner anderen Werke.

Rasante Entwicklung ab 1922

«Segodnja» und die «Kultur Liga» legten die Grundbausteine für die vor allem nach 1922 rasant steigende Produktion von Kinderbüchern. Mit dem Ende des Bürgerkrieges und der Abwehr der konterrevolutionären Invasion stiegen die staatlichen Ressourcen. Nun prallten verschiedene ästhetische Konzepte aufeinander und lieferten sich einen erbitterten Wettstreit, der vor allem die sowjetischen Kinder gefreut haben wird. Während die Avantgarde weiterhin versuchte, ihre Ideen umzusetzen, stiessen auch die VertreterInnen eines sozialistischen Realismus hinzu und forderten Kinderbücher, angemessen an der neuen Realität. «Arbeit, Kampf, Technologie, Natur», so charakterisierten beispielsweise Galina und Olga Chichagova in einer Illustration 1925 «die neue Realität der Kindheit». Doch anders als man sich dies heute womöglich vorstellt, geschah dies im sozialistischen Realismus für Kinder nicht als stumpfes Abbild oder als sowjetisches Heroentum, sondern an manchen Stellen die kommende Autorität unterlaufend. Dies mit einer mit der Avantgarde durchaus vergleichbaren Kreativität, die erst in den 1930er Jahren nach und nach verschwand. Drei Beispiele wollen wir euch im Folgenden vorstellen.



Samuil Marshak und Vladimir Lebedev: Der Eiskrem-Mann.

El Lissitzky: Die Geschichte von den zwei Quadraten (1920)

Sowohl in der Avantgarde, bei VertreterInnen des Realismus als auch bei anderen Kunstrichtungen ging es in den sowjetischen Kinderbüchern durchaus um die moralische Erziehung. Aber um eine solche, die im Sinne einer neuen Gesellschaft ästhetisch vermittelt und zugleich Teil der Erschaffung einer neuen Welt sein sollte. Radikalisiert wurde dies vor allem in avantgardistischen Werken. Als bestes Beispiel hierzu dient wohl El Lissitzkys «suprematistische Erzählung in sechs Konstruktionen». Die nur mit ganz wenigen Worten angedeutete Geschichte handelt von zwei Quadraten, die auf die Erde fliegen, wo sie auf einen schwarzen Sturm treffen, der von den Quadraten zerschlagen wird, bis sich die neue Welt durchsetzt. Offensichtlich orientierte sich Lissitzky dabei an Kasimir Malewitschs suprematistischen Quadraten, die er zu einer Geschichte aus sechs Bildern formte. Dabei mag Lissitzkys kleines Buch von allen Kinderbüchern als das komplexeste, weil mit sehr viel kunsttheoretischem Wissen voraussetzendem Werk erscheinen. Allerdings steckten dahinter wertvolle Absichten. Denn auch Kinder und Jugendliche sollten an den laufenden Kunstdebatten teilhaben und was, wenn nicht einfachste geometrische Formen, könnte dies wohl besser vermitteln?

Samuil Marshak: Der Eiskrem-Mann (1925)

Zwischen Realismus und radikaler Avantgarde gibt es zahlreiche Zwischenschritte. Ein Beispiel bieten Samuil Marshaks und Vladimir Lebedevs illustrierte Kurzgeschichten, beispielsweise «der Eiskrem-Mann». Das von Marshak geschriebene Gedicht handelt von einem fettleibigen bourgeoisen Mann, der voller Gier so viel Eiskrem isst, dass er zu einem Schneemann wird und den Kindern dadurch eine prächtige Winterlandschaft erbaut. Illustriert wurde das humorvolle Gedicht von Lebedev, der farbenfroh und mit grossen Formen die einfachen Gedichtzeilen zu veranschaulichen versuchte. Illustration und die visuelle Erfahrung nehmen nun im Vergleich zur Avantgarde einiges mehr an Raum ein und überflügeln den Text, der merklich zur Seite geschoben wird, am Rande steht und nicht mehr Teil eines Gestaltungsprozesses ist. Mehr und mehr sollte das Konkrete betont werden, anders als in der Avantgarde aber nicht durch die Zerstörung der Form, sondern durch eine Rückkehr zu grossen aber doch erkenntlichen Formen. Trotz Fokus auf die Bilder wurde die produktive Zusammenarbeit von Dichter und Illustrator aber weiter betont, beispielsweise indem beide Namen der Autoren in gleicher Grösse auf dem Titelblatt vermerkt waren.

Aleksei Laptev: Der Fünfjahresplan (1927)

Aleksei Laptevs Buch über die geplanten Entwicklungen bis 1932 ist eines jener sowjetischen Kinderbücher, welche die «neue Realität» abbilden wollten. Besonders daran sind weniger die durchaus hübschen Zeichnungen, denn das Format. Das Buch bestanden nicht nur aus ausklappbaren Seiten – ganz geöffnet konnte es bis zu zwei Meter lang werden –, es sollte



Aleksei Laptev: Der Fünfjahresplan, erst zu-, dann aufgeklappt.

auch von zwei Seiten her gelesen werden. Begann ein Kind von vorne, dann erfuhr es auf Karten in einem Überblick von den kommenden gesamtsowjetischen Veränderungen, beispielsweise im Bereich Elektrifizierung. Von hinten gelesen begegnet das Buch den Veränderungen in verschiedenen Bereichen, beispielsweise im Bereich Kohle, Öl, Transport oder Kultur. Hier erfuhr man, die Seiten noch zusammengeklappt, erst von den anstehenden Änderungen. Klappte man die Seiten schliesslich auf, erblickte man die zu erreichenden Ziele in fünf Jahren. Man muss nicht jeder sowjetischen Entwicklung kritiklos folgen, doch die sowjetischen Kinderbücher bieten einen wahrlich faszinierenden Einblick in den neuen Möglichkeitshorizont, der eine revolutionäre Veränderung mit sich bringen kann.

«Playing Soviet» bietet eine interaktive Datenbank sowjetischer Kinderbücher von 1917 bis 1953. <http://commons.princeton.edu/soviet/>

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D - 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.